

Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

nl 1
9nl
von 6.
15 6787.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag 11.
Dvořákovo nám. 32.
Bollschedami 57544.
Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

3. Jahrgang.

Freitag, 15. Juni 1923.

Nr. 137.

Drohungen in Belgrad.

Der Umsturz in Bulgarien droht der Ausgangspunkt neuer Wirren auf dem Balkan zu werden und es ist nicht ausgeschlossen, daß im Verlaufe der drohenden Ereignisse auch das übrige Europa, vor allem die Länder der Kleinen Entente in die Wirren hereingezogen werden. Das erscheint umso leichter möglich, als in Belgrad ganz offenkundig gezündet wird, und sich dort nicht nur Strömungen bemerkbar machen, die ein Eingreifen Jugoslawiens in die innerpolitischen Verhältnisse Bulgariens erstreben, sondern daß dort auch die Regierung selber Lust zeigt, der gestürzten Regierung Stamboljiski wieder auf die Beine zu helfen. Der Balkan war seit jeher ein Vulkan, die Verhältnisse dort brachten zahllosemale erste Bedrohungen des Friedens, von ihm gingen viele Kriege aus und auch zum Weltkrieg wurde dort das Signal gegeben. Schon das läßt die neuesten Vorgänge auf dem Balkan als eine Gefahrenquelle erkennen. Da nun noch dazu Jugoslawien der Kleinen Entente angehört, als deren führender Staat die Tschechoslowakei gilt, so muß sein Verhalten zu den bulgarischen Vorgängen der Bevölkerung und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik alles eher als gleichgültig sein. Bricht die jugoslawische Regierung den Frieden, so kann die Bündnispflicht der Kleinen Entente leicht auch unseren Staat und weitere Teile Europas Verwicklungen aussetzen, die schwere Gefahren bergen. Aber selbst ein Konflikt zwischen Jugoslawien und Bulgarien allein müßte dem träge fortschreitenden Gesundungsprozeß Europas einen neuen schweren Rückschlag versetzen. Was daher nun in Belgrad geschieht, die Absichten, die von dort ausgehend, die Staaten der Kleinen Entente in Abenteuer zu verstricken suchen, und die leicht zum Kriege führen können, müssen aufmerksam beobachtet werden und von der Prager Regierung muß gefordert werden, daß sie die heißen Köpfe der Belgrader Herren rechtzeitig ablöscht und ihnen bedeutet, daß uns das, was in Bulgarien bisher geschehen ist, in keiner Weise etwas angeht und daß wir für eine Einmischung dort keinen Mann und keinen Groschen übrig haben.

Diese Haltung, die selbstverständlich sein müßte, bemüht man sich in Prag bisher nicht zu wahren. Es ist hier vielmehr eine ganz offene Stellungnahme zugunsten der gestürzten Regierung Stamboljiski wahrzunehmen und man mag daher in Belgrad nicht mit Unrecht glauben, daß seine Tendenzen und Pläne in Prager Regierungskreisen Förderung finden. Das amtliche tschechische Pressbüro hat mit einer Stimmungsrede eingeleitet, die an die berüchtigten Zeiten des ehemaligen österreichischen Kriegspressequartiers lebhaft erinnert. Die Lage der neuen bulgarischen Regierung wird in den düstersten Farben gezeichnet, während von der Lage Stamboljiskis und seiner vorläufig nur in der Phantasie ganz- und halbamtlicher Presseschmierereien existierenden gegenrevolutionären „Bauernarmee“ die rosigsten Bilder entworfen werden. Da wird erzählt, das Belgrader Kabinett habe „den Eindruck gewonnen“, daß die Lage in Bulgarien „andauernd ernst“ sei und daß durch den Umsturz „die durch den Friedensvertrag von Neuilly geschaffene Situation bestraft erscheint“. Die Belgrader Regierung wolle, so heißt es weiter, der Kleinen Entente „bekanntgeben“, daß durch den Umsturz „die Erhaltung des Friedens bedroht“ erscheine. Mit Verlaß! Wer bedroht eigentlich den Frieden? Der Umsturz in Bulgarien? Der ist doch eine Angelegenheit der Bulgaren allein! Wenn das Belgrader Kabinett sich nicht gewaltig einmengt, so braucht es auch für den Frieden nicht zu fürchten! Aber es läßt Drohungen steigen, raffelt mit dem Säbel und schreit dann über die „Bedrohung des Friedens“, bei welcher Tätigkeit ihm das amtliche tschechische Pressbüro wader assistiert, indem es die Belgrader „Melodungen“ mit größter Beifälligkeit weiterverbreitet. Durch wen der Frieden gefährdet wird, geht schon daraus

Für die Sozialversicherung!

Eine Beratung der Vertrauensmänner der Partei, der Gewerkschaften und der Krankenkassen.

Am Donnerstag, den 14. Juni 1923 fand in den Räumlichkeiten des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine gemeinsame Beratung des Vorstandes und der parlamentarischen Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Zentralgewerkschaftskommission, sowie von Vertrauensmännern der Krankenkassen statt und faßte nach Entgegennahme des Referates des Genossen Taub und nach abgeleiteter Erörterung folgenden einstimmigen Beschlusses:

1. Die Konferenz verlangt die sofortige Verwirklichung der der Arbeiterschaft seit Jahrzehnten zugesicherten Sozialversicherung und fordert die sofortige Einbringung der Sozialversicherungsvorlage in der Nationalversammlung und deren ungehäufte Verhandlung in den zuständigen parlamentarischen Körperschaften.

2. Sie steht nach wie vor auf dem Boden der von Tetschener Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialversicherung gefaßten Beschlüsse und er-

kärt, daß diese die einzige mögliche Grundlage für die Stellungnahme unserer Parteikorporationen zu dem von der Regierung eingebrachten Sozialversicherungsentwurf bilden könne.

3. Die endgültige Stellungnahme zu dem von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf behalten wir uns vor, bis der Wortlaut der Gesetzesvorlage feststeht und sie im Abgeordnetenhause eingebracht ist.

4. Die gesamte Arbeiterpresse wird aufgefordert, sich intensiv mit der Sozialversicherung zu beschäftigen und den Treibereien der Feinde der Arbeiterklasse wirksam entgegenzutreten, sowie die Arbeiterschaft über den Inhalt der Vorlage, ihre Mängel und Unzulänglichkeiten aufzuklären.

5. Die Zentralkassen werden beauftragt, im gegebenen Zeitpunkte alle notwendigen Direktiven für die Fortführung des Kampfes um die Verwirklichung unserer Forderungen in der Sozialversicherung auszugeben und die Arbeiterschaft notwendigen Falles zum Kampfe für ihre alte Forderung aufzurufen.

Einleiten Frankreichs?

Paris, 14. Juni. (Sava.) Man ist der Ansicht, daß es zu einer Vereinbarung auf Grund des vom englischen Kabinett beschlossenen Vorgehens, die Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten fortzusetzen, kommen wird. Es scheint, daß Frankreich diesem Vorgehen keine Hindernisse wird entgegenzusetzen müssen, allerdings unter dem Vorbehalte, daß der Meinungsaustausch auf dem üblichen diplomatischen Wege, nicht aber verbal auf einer Konferenz von Sachverständigen, erfolgen werde und unter der Bedingung, daß Deutschland insoweit zu den Verhandlungen nicht zugelassen wird, als es nicht den passiven Widerstand im Ruhrgebiete einstellt.

hervor, daß sich die jugoslawische Regierung die neue Regierung in Bulgarien anzuerkennen weigert, und daß sie, wie gemeldet wird, das Kabinett Stamboljiski als „einzig-lagige Regierung Bulgariens“ betrachte, also eine Regierung, die nicht mehr besteht! Das tschechische Pressbüro weiß auch Belgrad zu erzählen, daß die Situation in Bulgarien „immer kritischer“ werde, daß die „Berichte“ über eine „Ausbreitung der Gegenrevolution“ sich „mehren“ und daß der Anhang Stamboljiskis sich schon auf 100.000 Bauern belaufen „soll“. Man kennt die Technik dieser Berichterstattung aus der Kriegszeit her zur Genüge. Die Zerplitterung der Heeresmacht ist „unausweichlich“, die Bevölkerung Sofias ist in „steigender Unruhe“, man „fürchtet“, das neue Regime werde „bald zusammenbrechen“ und unter der Landbevölkerung „breitet sich der Aufstand immer mehr aus“. Nichts fehlt von den Kunstgriffen, welche sich die Völker Europas von den amtlichen Stellen vier Jahre lang gefallen lassen mußten.

Das stärkste Stück, wie man auch in Prag der gestürzten Regierung Hilfe zu bringen sucht, ist aber wohl das von Herrn Daskalow, dem Prager bulgarischen Gesandten, den Vertretern der bürgerlichen Presse gegebene Interview, worin dieser Herr die Deffentlichkeit über den Stand der Dinge in Bulgarien zu „unterrichtet“ sucht. Auch er faselt davon, der Umsturz in Bulgarien „bedrohe den schwer erkämpften Frieden“ und niemand, außer den „Verschwörern und ihren Helfershelfern“ erkenne in Bulgarien die „zurypatorische Regierung“ an. Wie berechtigt der Herr Daskalow zu einer solchen Schilder-

Anfragen aus London nach Paris.

London, 14. Juni. (Sava.) Die englische Regierung hat nach Paris ein Memorandum geschickt, in welchem sie um einige Detailangaben über die französische Auffassung ersucht. Reuters Büro sagt: Mit Rücksicht darauf, daß Frankreich die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiete als Grundlage aufstellt, wünscht Großbritannien eine präzise Erklärung darüber zu erhalten, was Frankreich unter dem Streben, den passiven Widerstand zu beenden, versteht, und wünscht ferner, die Voraussetzungen für eine die beiden Länder befriedigende gemeinsame Politik ausfindig zu machen. Endlich wird gefragt, welche Form die französische Regierung der Besetzung im Ruhrgebiete zu geben beabsichtigt.

Die bulgarischen Verhältnisse ist, zeigt die aus Berlin kommende Nachricht, wonach der dortige bulgarische Gesandte Romanow auf eine Anfrage der „Vossischen Zeitung“ erklärte, Daskalows Erzählungen seien in jeder Beziehung den der Berliner bulgarischen Gesandtschaft aus Sofia zugewonnenen Nachrichten widersprechend. Es wäre natürlich gleichgültig, was dieser Herr Daskalow den bürgerlichen Pressevertretern vorwärtsbringt, aber er, der sich noch immer als Vertreter der gestürzten Regierung Bulgariens erachtet, wird von der tschechoslowakischen Regierung in dieser Eigenschaft nicht nur anerkannt, er darf auch hier seine, gegen die jetzige Regierung Bulgariens gerichtete Propaganda betreiben, das amtliche tschechische Pressbüro gibt sich auch zur Verbreitung seiner Märchenzählungen her und die halbamtliche „Prager Presse“ findet seine Auslassungen wert, sie an der Spitze des Mattes abzufragen.

Nach allem, was ersichtlich ist, wird in Belgrad ein bedenkliches Spiel gespielt. Und in Prag, so muß es den Eindruck machen, schaut man ruhig und mit Wohlwollen zu. Gerade die Pläne, welche der Bestand der Kleinen Entente Herrn Dr. Benesch auferlegt, müßten ihn gegenüber den Forderungen in Belgrad wachsam machen. Europa gleicht seit dem Kriege noch mehr einem Pulverfaß als es vorher der Fall war. Die ungeheueren Spannungen können sich leicht entladen, die Spuren des Weltkrieges sollten schrecken. Herr Benesch wird gut tun, nach Belgrad einen kalten Wasserstrahl zu senden. Es könnte sonst leicht zu spät werden, für das, was geschehen kann, die Verantwortung abzuwälzen!

Lernt von Italien!

Diese mahnenden Worten jenseit Abgeordneter Genosse Modigliani-Kom an die Spitze eines Artikels, den er im Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht und dem wir folgendes entnehmen, da Modiglianis Reminiscenzen für das Proletariat in der Tschechoslowakischen Republik ihren besonderen Wert haben.

Es ist so oft gesagt und wiederholt worden, daß der italienische Faschismus für die gesamte europäische Bourgeoisie eine Lehre gewesen ist, daß die Frage durchaus am Platze ist, ob denn die europäischen Sozialisten nichts aus dem Schicksal des italienischen Sozialismus zu lernen haben. Zumal die Niederlage des italienischen Sozialismus sich unter ganz besonderen Verhältnissen vollzogen hat.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hatte das europäische Proletariat — besonders in Frankreich und in England — seinen eigenen endgültigen Aufschwung für möglich und sogar für nahe bevorstehend gehalten. Aber das waren nur Illusionen, die durch nichts gerechtfertigt waren. Der Mangel an Organisation war derart, daß es leicht möglich gewesen sein würde, die Niederlagen des Proletariats voranzusehen, wäre nur der kritische Sinn des Sozialismus ebenso stark entwickelt gewesen wie sein revolutionärer Drang.

Im Gegensatz hierzu hatte der italienische Sozialismus in der Nachkriegszeit eine unbestreitbare Stärke erreicht. Fast zwei Millionen Stimmen bei den Wahlen und fast drei Millionen Gewerkschaftsmitglieder, 156 von insgesamt 508 Abgeordneten, beinahe 2000 von insgesamt 8000 Gemeinden in seinen Händen, — das waren die Elemente einer Kraft, die nicht zu verachten war und die jedenfalls erst nach einem zehnjährigen Kampfe Niedergerungen werden konnte, den das italienische Proletariat nicht allein gegen die Faschisten, sondern auch gegen den gesamten stalinischen Apparat führen mußte, der sich immer offener auf die Seite des Faschismus stellte. Es ist also nicht der Mangel an Kraft, der die Erklärung für die Niederlage des italienischen Sozialismus liefert. Und man behauptet nicht, diese Kraft sei keine reale gewesen! Ich weiß wohl, daß sie nicht ganz so real war wie jene, die der deutsche Sozialismus oder die englische Arbeiterbewegung nach einem halben Jahrhundert Schwierigkeiten und Kämpfen errungen haben; ich weiß wohl, daß in den letzten dreißig Jahren der Widerstand der Bourgeoisie in Italien mehr blutig als wirksam gewesen ist, aber man darf nicht vergessen, daß die italienische Bourgeoisie ihrerseits ebenfalls viel schwächer war als die Bourgeoisie Nordeuropas. So bedeutete die Besiegung des italienischen Sozialismus die Niederlage einer zwar jungen, jedoch verhältnismäßig starken Organisation.

Man muß daher den Mut haben, zu erklären, daß die Niederlage des italienischen Sozialismus weit mehr die Folge einer Reihe von taktischen Fehlern war, als eines tatsächlichen Mangels an Kampfmitteln. Man wollte zu viel erreichen. Man hatte zu weitgehende Programme. Und als es immer noch Zeit gewesen wäre, sich Selbstbeschränkung aufzuerlegen, die Kampffront zu verkürzen, hat man dies versäumt.

Dem gerade infolge der Leichtigkeit, mit der sich die Entwicklung des italienischen Sozialismus vollzogen hatte, dachten seine Führer, daß es ebenso leicht sein würde, auf diesem Wege und in diesem Tempo fortzufahren und vorwärtszuschreiten, auch gegen die letzten Bollwerke des kapitalistischen Regimes! Jedesmal, wenn auf dem rechten Flügel der Partei eine mahnende, warnende Stimme ertönte, wurde ihr die „russische Revolution“ entgegengehalten — und damit war der Fall erledigt! Man wollte oft dem feinen Glauben schenken, was offensichtlich über die wahre Entwicklung der russischen Revolution durchsichtigte; man erkannte nicht, daß sie alles verwirklichte, bis auf das eine: die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und es wurden bei jeder Gelegenheit Resolutionen angenommen, die nur eine einzige „Lösung“ zuließen: „Sowjets bilden!“

Und wenn jemand versuchte, begreiflich zu machen, daß sich die Bourgeoisie zwar weniger entschlossen gegenüber „Reformen“ zeigen, daß sie sich aber ganz anders verhalten würde, wenn ihr Allerheiligstes, das Privateigentum, angetastet wäre, so konnte er noch heilsfroh sein, wenn man sich damit begnügte, ihn auszulachen!

Ruhe in Bulgarien.

Die Kraft des italienischen Sozialismus reichte mindestens aus für eine Politik der Befestigung der Freiheiten, der demokratischen Erneuerung des Staates, der Verantwortung und des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung; sie reichte mindestens aus, um in der auswärtigen Politik alle internationalen Anstrengungen gegen die falschen sogenannten Friedensverträge zu unterstützen.

Aber all das war nicht „revolutionär“ genug. Es wurde als „Reformismus“ verschrien und verworfen. Na, noch mehr: dieses abgelebte Programm wurde verleumdet und alle „guten Genossen“ vom marxistischen Ägeln nahmen für ihre Münze alle Verdrehungen und Torheiten, die von den bürgerlichen Gegnern des Sozialismus gegen diejenigen Führer erfunden und verbreitet wurden, die öffentlich für eine „rechtssozialistische“ Politik eintraten. So daß auch hierin die Extremisten des Sozialismus, wenn auch ohne es zu wollen, in die Hände der Extremisten der Reaktion arbeiteten; sie waren ihnen dabei beihilflich, jeden Versuch zu verhindern, die Forderungen und den Kampfeifer der Massen in die Bahn eines großen Versuches demokratischer, sozialer und pazifistischer — also im wahren Sinne des Wortes: sozialistischer — Erneuerung zu lenken. Wohl hat man — sogar auf maximalistischen Kongressen — seitdem, jedoch zu spät, erkannt, daß bei einer „rechtssozialistischen“ Politik schon das Signal zum Angriff bereits den Sieg bedeutet haben würde. Aber die sozialistischen Heeresmassen kämpften auf einer anderen Front. . . . Oder vielmehr: sie warteten darauf, daß der maximalistische Generalfeldherr seinen großen Sowjetplan fertigstelle! Und sie warten heute noch darauf. . . . Denn auf einmal belomen es die italienischen Kapitalisten mit der Angst zu tun, angefangen mit den Agrariern Norditaliens und der Toscana, und gingen zum Gegenangriff über.

Der Faschismus war und ist also nichts anderes als der Aufstand des italienischen Kapitalismus gegen eine Revolution, die nicht erfolgte und gegen ein demokratisches Durchdringen des Proletariats, das dagegen sehr wohl hätte erfolgen können.

Nun, mögen die Sozialisten aller anderen Länder auf ihrer Hut sein: wenn sie es nicht verstehen, das zu tun, was möglich ist, um in der inneren Politik die durch das Proletariat eroberten Machtpositionen zu halten und auszubauen und in der auswärtigen Politik den Frieden zu erzwingen, dann können sie sich auf den Gegenangriff der Reaktion gefaßt machen. Und selbst wenn ihnen dann das Schicksal des italienischen Sozialismus erspart bleibt, werden sie in diesem Gegenstoß keinen Anlaß zur Freude finden.

In Italien ist der Sozialismus besiegt worden, weil er in einem ersten Stadium den Kapitalismus durch die Drohung einer Revolution aufrüttelte, die nicht kam, und weil man in einem weiteren Stadium sich nicht schnell genug zu einer positiven demokratischen Politik entschließen konnte, die zwar auf jede revolutionäre Phrasologie verzichtet und manche Kompromisse erfordert hätte, durch die es aber zweifellos möglich gewesen wäre, den faschistischen Gegenangriff zu verhindern.

Sofia, 13. Juni. (B.N.) (Aufgegeben um 22 Uhr.) Gegenüber den von ausländischen Interessierten Kreisen verbreiteten tendenziösen Meldungen ist festzustellen, daß im ganzen Lande die volle Ruhe wiederhergestellt wurde. Die schwachen Widerstandsversuche der Anhänger Stamboljiski sind endgültig gebrochen. Es ist von Wichtigkeit, auf das ständige Steigen des Kurses des bulgarischen Lewas hinzuweisen, wodurch das Vertrauen, welches die neue Regierung genießt, befestigt wird.

Wien, 14. Juni. Die bulgarische Gesandtschaft in Wien meldet, daß der Verkehr nach Bulgarien keineswegs eingeschränkt und auch nicht gestört ist. Die Meldungen über Unsicherheit der Verhältnisse sowie über die Störung der öffentlichen Ruhe und die Bedrohung fremden Eigentums in Bulgarien sind erfunden. Es werden auch die Pässe weiter revidiert.

Die Tschechoslowakei solidarisch mit Jugoslawien.

Belgrad, 14. Juni. Die über Zari-brod eingetroffenen Nachrichten besagen, daß es den Anhängern Stamboljiski gelungen ist, Sofia vom übrigen Bulgarien abzuschneiden. Die neue Regierung befahte sich gestern mit der durch den beginnenden Lebensmittelmangel gebildeten Situation und beschloß, die Bevölkerung von Sofia aufzufordern, den Lebensmittelbedarf einzuschränken.

Die Belgrader Regierung nimmt auch weiterhin einen abwartenden Standpunkt ein. Sollte sie bei Verletzung des Vertrages von Neuilly einschreiten, würde sie sich nicht an die neue Regierung, sondern an die Mächte wenden, welche den Friedensvertrag unterzeichnet haben.

Der tschechoslowakische Gesandte besuchte heute den Außenminister Rincic und teilte diesem mit, daß die tschechoslowakische Regierung mit Rücksicht auf die Ereignisse in Bulgarien entschlossen sei, politisch und diplomatisch mit der Regierung des Königreiches TSH solidarisch zu bleiben.

Eine Abfuhr der Unverschämtheiten Herrn Daskalows.

Berlin, 14. Juni. (Tsch. B.N.) Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht die vom Prager bulgarischen Gesandten Daskalow den Vertretern der Presse gegenüber abgegebenen Erklärungen und bemerkt dazu: Der Berliner bulgarische Gesandte Pomenow erklärte auf eine Anfrage unsererseits, daß Dr. Daskalow zu der Behauptung über die bulgarische Auslandsvertretung keineswegs berechtigt sei. Die Berliner bulgarische Gesandtschaft unterstehe jedenfalls nur dem Minister des Äußeren in Sofia und eine Regierung Stamboljiski gebe es in Bulgarien nicht mehr. Auch die übrigen von Daskalow vorgebrachten Informationen bezeichnet der Geschäftsträger als in jeder Hinsicht den Nachrichten, welche die hiesige Gesandtschaft aus Sofia erhalten hat, widersprechend. Von einer allgemeinen Mobilmachung wäre keine Rede. Auch im übrigen wären die Ausführungen des Prager bulgarischen Gesandten durch die Meldungen aus Sofia widerlegt.

Tartarenachrichten der Belgrader Filiale des Tsch.-B.-B.

Belgrad, 14. Juni. Von der bulgarischen Grenze wird gemeldet: Abgeordneter Georgi Daskalow, welcher im September 1918 als Vertreter des Kommandanten der empörten Truppen Daskalows, des derzeitigen bulgarischen Generals in Prag war, und dem es bei dem Umsturz gelungen ist, aus Sofia zu flüchten, organisierte einen Bauernwiderstand in den Bezirken Birsob und Nowoselce. Georgi Daskalow brachte eine starke Abteilung von Orangegardien zusammen, welche dieser Tage bei der Gemeinde Gorno Kamareci die Regierungstruppen erfolgreich abschlug. (Alle diese Ortschaften liegen im Sofioter Kreis. Die Gemeinde Gorno Kamareci liegt etwa 4 Kilometer östlich von Sofia.)

Der Abgeordnete Botev, der frühere Sobranjepräsident, ließ auf der Straße Radomir-Berul-Sofia sämtliche Brücken in die Luft sprengen. (Die Gruben von Bernik versorgen Sofia und die Staatsbahnen mit Kohle.)

Ueber den Uebertritt des Ministers Obow auf rumänisches Gebiet und seine Internierung durch rumänische Behörden kann keine Bestätigung erlangt werden. Die von Zari-brod eintreffenden Nachrichten beharren auf der ursprünglichen Mitteilung, daß Obow in einem Scharmügel mit den Regierungstruppen getötet worden ist und es wird noch als Detail dazu angeführt, daß Obow von zwei Offizieren bei Cerven Breg in der Nähe von Plebno erschossen worden ist.

Von kompetenten Kreisen des bulgarischen Landwirterverbandes wird die Nachricht dementiert, als ob die Regierung Stamboljiski den Sturz der Dynastie und der Ausrufung der Republik vorbereitet hätte. Stamboljiski habe sich im Gegenteil des Königs Boris auch gegen einige seiner einflussreichen Anhänger angenommen. Die letzten Ereignisse haben den Standpunkt der Landwirterpartei in dieser Frage natürlich vollständig geändert.

Der oberthlesische Streik.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) Der Streik in Oberschlesien ist stark abgeflaut. Dazu hat der Abschluß der Lohnverhandlungen mit den großen Hütten, der Mittwoch in Gleiwitz zustande kam, wesentlich beigetragen. Während die wilde Streikleitung nur eine 100-prozentige Lohnerhöhung verlangte, haben die Gewerkschaften eine 134-prozentige durchgesetzt. Die wilde Streikleitung wird wahrscheinlich Freitag die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen.

Seipel will den Index abschaffen.

Wien, 14. Juni. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen in dem Konflikt der Beamten mit der Bundesregierung sind auf einem neuen Punkt angelangt, da die Regierung die Abschaffung des Index verlangt, worauf die Beamten auf keinen Fall eingehen wollen. Morgen sollen Verhandlungen zwischen der Regierung und den von den Beamten um ihre Vermittlung ersuchten drei Präsidenten der Nationalversammlung stattfinden.

Inland.

Freiheit eines kirchlichen Blattes. Das Blatt des Prager Erzbischofs, der „Cech“, leistete sich am Mittwoch inmitten seiner Nachrichten über die „Kronung der Jungfrau Maria“, über kirchliche und geistliche Angelegenheiten, gegen den „Sozialdemokrat“ eine Zusammenfassung, die nicht unbeachtet bleiben soll. In einem Artikel über den Hamburger Kongress heißt es dort: „... Der „Sozialdemokrat“, welcher mit Unterstützung der Regierung der tschechoslowakischen Republik erscheint...“ Da es uns nicht einleuchten vermag, daß dem Blatte eines Erzbischofs das Lügen erlaubt sein soll, fragen wir den kirchlichen Pöbel, der den Artikel geschrieben hat. Wann und wie hat je der „Sozialdemokrat“ eine Unterstützung durch die Regierung der tschechoslowakischen Republik empfangen? Sollte das Blatt auf diese Frage nicht klipp und klar antworten, dann wird man wissen, was man von den moralischen Qualitäten der geistlichen Herren, die das Blatt schreiben, zu halten hat.

Die tschechischen Rüstungen im englischen Licht. Der Abgeordnete der Labour Party Major Leigh Amann, der vor kurzer Zeit durch Mitteleuropa reiste, veröffentlicht in der Juninummer der Revue „Foreign Affairs“ seine Eindrücke. Er spricht insbesondere über die Kriegsvorbereitungen der mitteleuropäischen Staaten und vor allem der Kleinen Entente, also der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie Ungarns und sagt, daß seine Seite mit den Rüstungen aussetzen will und daß nur das Eingreifen einer starken Großmacht hier Ordnung machen könne. Der Schreiber verweist auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die einen derartigen Schritt erfolgreich unternehmen könnten. Als Beweis für seine Ansichten zitiert er folgenden Ausdruck des Präsidenten Masaryk: „Wenn Amerika Ungarn zwingen könnte, seine Expansionspolitik zu mäßigen, dann wäre es eine gerechte Forderung, daß man von der Tschechoslowakei eine Verringerung ihrer Wehrkräfte fordert.“ Das Anwachsen der militärischen Ausgaben und des nationalistischen Geistes in der Tschechoslowakei und Jugoslawien rechtfertigen einigermaßen die Gerüchte, daß ein militärisches Einschreiten dieser zwei Staaten gegen Magyaren in der nächsten Zukunft fast unausweichlich sei. Aber für eine unmittelbare Gefahr hält Leigh Amann den Standpunkt Bolens zu Rußland. Der Krieg zwischen diesen beiden Ländern kann jeden Moment ausbrechen und hier ist eine eventuelle Aktion der Tschechoslowakei sehr wichtig. Frankreich erwartet von der Tschechoslowakei, daß sie sich Polen anschließt. Obwar die französischen Instruktoren in Prag einen großen Einfluß besitzen, glaubt der Autor, daß in der Tschechoslowakei keine Lust zu irgend einem Kriege vorhanden ist, denn die Tschechoslowakei ist ein Industriestaat und braucht zur Hebung ihres Außenhandels den Frieden. Außerdem beherbergt die Tschechoslowakei fünf Nationen, unter denen scharfe Gegensätze vorhanden sind. Man behauptet, daß wenigstens 28 Prozent der Gesamtbevölkerung sich gegen jeden Krieg stellen würden und daß Teile der Armee es ablehnen würden, an bestimmten Fronten zu kämpfen. Die französische Okkupation des Ruhrgebietes beweise die Kriegsunlust der Tschechoslowakei, denn der Minister Beneš habe öffentlich erklärt, daß die Tschechoslowakei unter keinen Umständen gegen

Der bestrafte Zwerg.

Erzählung von Wilhelm Schmid Bonn.

Es ist an der Zeit, wieder einmal an jene unmütige Konstantinopeler Geschichte zu erinnern. Sultan Mahmud II., gestorben 1839, sonst in allem ein Neuerer, nahm in einem Falle eine längst entschwundene Fürstengewohnheit wieder auf: er hielt sich einen Zwerg. Dieser Zwerg war von jener äußersten Hässlichkeit, die nicht mehr schaudern macht, sondern lachen. In dieses Lachen mag sich zum Teil das Entsetzen über einen solchen Anblick reiten, um nicht tödlich zu wirken, zum andern Teil aber mag es aus der ungeheuerlich selbstfüchtigen Freude aufsteigen, nicht selbst von einem solchen Ungeheuer der Natur betroffen zu sein.

Dieser Zwerg, der berühmte Achmed Aga, war nach den Berichten jener Zeit nicht höher, als daß er ausgestreckt eben auf einen Tisch sehen konnte. Auf Beinen, dünn und unbeimlich wie Spinnenbeine, wuchs fast unvermittelt der Kopf auf, nur durch einen sündlich schwachen Brustkasten getrennt. Die Arme hingen bis über die Knie hinunter. Die Hände waren wie die Füße besonders winzig, aber auch von einer auffallenden Wohlbildung. In dem Gesicht war der weit übergroße, blutrote Mund das, was am meisten das Bild des Zwerges schreckhaft machte: dieser Mund war an den Seiten von tiefen Schmerzfalten niedergezogen, in der Mitte aber, in einem lächerlichen Gegensatz dazu, von Lebenstollheit und unerfüllter Spottlust hochgehoben. Ueber den Mund aber strahlten, in greissenhaft knochigen Höhlen eingebettet, Augen von einem so armen Feuer und einer so schwermütigen Größe, daß man, wenn auch vom Grauen über die ganze Gestalt zu einem unbeimlichen Lachen gereizt, den Blick dieser Augen dennoch nie vergaß.

Der Zwerg saß an der Mittagstafel neben dem Sultan. Er war der erste, der morgens zum Sultan eintreten durfte, der letzte, der ihn abends verließ. Mit ihm ging der Sultan durch die geschnittenen Alleen seiner Gärten und die ebenso

lich dastehenden Reihen seiner Würdenträger. Wie zwei Schuljungen pflegten sich die beiden lustig zu machen über jedes Gesicht, das würdevoll seine Dummheit oder schlan seine Verworfenheit verbergen wollte. Der Zwerg sprach laut seine Bemerkungen aus. Er gab allen, die zum ersten Mal aus der Provinz gekommen waren, um den Sultan ihre Verbeugung zu machen, einen Spottnamen, so treffend, daß nicht nur der Sultan, sondern auch alle, die in der Nähe standen, laut auslachen mußten, während die, die mit dem Namen beschenkt wurden, unter der Masse nachsichtigen Verstehens Blide voll Haß auf den Zwerg schossen. Aber in diesen Namen und Bemerkungen war mehr als Spott, war immer ein Urteil, dem der Sultan unbedingt vertrauen konnte. Er war noch nie fehl gegangen, wenn er nach der Vorliebe oder Abneigung des Zwerges einen Beamten verfezt oder befördert, ein Unternehmen begonnen oder unterlassen hatte. Ja, man sagte, daß selbst der erfolgreiche Krieg gegen die Janitscharen nicht ohne den Rat des Zwerges ins Werk gesetzt und durchgeführt wurde.

In milden Sommerabenden vermochte sich der Sultan oft gar nicht zu trennen von dem Zwerg. Sie ließen sich im vergoldeten Boot über die leise atmenden „Süßen Wasser“ rudern, und der Zwerg sang zu den Instrumenten der mitgeführten Musikanten weich und langsam wie mit der Stimme einer Nachtigall. Darüber kam der Sultan oft erst spät in seinen Serail, und er dehnte den Augenblick, wo er sich von Achmed Aga verabschieden mußte, um zur gepuhten und warienden Schar seiner Tänzerinnen zu gehen, immer sehr hinaus. Bis es sich allmählich von selbst ergab, daß der Zwerg bis an das Tor, dann bis in den Vorhof, dann die Marmortreppe hinauf, endlich bis in die Säle des Frauen-schlosses selbst den Sultan begleitete. Wohin außer des Sultans und der Wächter Schritt nie jemals der Schritt eines Mannes drang, durfte ungeführt und bald vom frohgelauten Gelächter und den silbernen Zurufen der schönen Odalissen bewillkommt, die gespenstige Gestalt des Zwerges hin und her wandeln und über die Marmorbände

ihren Schatten werfen. In der ersten Zeit sah Achmed Aga noch neben dem Sultan, um den Tänzerinnen zuzusehen. Aber die vogelhaft zwitternde Vertraulichkeit zwischen ihm und den Frauen ergab es bald, daß er aus dem oder jenem Gemach gerufen wurde, so daß seine Wege in dem Lustschloß bald ganz selbständig wurden, ja, daß noch kurzer Zeit er blieb, wenn der Kaiser ging, oder kam, ehe der Kaiser sich einsand, oder gar ganze Tage, wenn der Kaiser auf der Jagd war, im Serail sich aufhielt, ohne daß der Sultan oder einer der Wächter oder irgend ein anderer Mensch, die größten Feinde des Zwerges nicht ausgenommen, auf einen argwöhnischen Gedanken gekommen wäre: so wenig war das winzige und mißgestaltete Gebild, das da umherstülplich und sorgfältig die Füße setzte, um auf dem glatten Böden nicht auszugleiten, einem Manne ähnlich, und so sehr schien es durch die grauenvolle Hässlichkeit davor bewahrt, anderen als schauernden oder spotttreisten Blicken aus Frauenaugen zu begegnen.

Dennoch fand sich nach einiger Zeit eine Gelegenheit, bei der der Sultan Mahmud, wenn auch ein wenig vom Weine trunken oder vielleicht gerade dadurch scharfsichtiger gemacht, bemerken mußte, daß der Zwerg die schönen Huris durchaus nicht so gleichgültig lieb, wie es nach allen äußeren Umständen anzunehmen war. Der Sultan gab Befehl, den Zwerg heimlich zu bewachen, und siehe da: schon am zweiten Tag darauf war aller Anlaß gegeben, den Zwerg und eine der Odalissen zu verhaften. Nach dem hergebrachten Befehl konnte die Strafe nur die sein, die Sünden in einem verschlossenen Fah den Abhang hinunter ins Meer zu rollen, den Sünden am Tore des Serails, durch das man ihn so arglos hatte ein- und ausgehen lassen, aufzuhängen.

Die Kunde von dem, was geschehen war, sprang schnell durch ganz Konstantinopel. Nirgendwo, nicht einmal bei den Lastträgern, offenbarte sich das geringste Mitleid. So heilig waren durch jahrhundertelange Gewohnheiten die Anschauungen der Rechtsgläubigen in diesen Dingen, daß im Gegenteil die äußerste Entrüstung allge-

mein war und schon eine vielzusehndspfige Menge am Tor sich aufstellte, um das Faß das Ufer hinabzurollen und den mißgestalteten Kinderleib Achmed Agas am Tor hochgezogen zu sehen.

Aber Mahmud II. war in allen Dingen ein Herrscher, der nichts wie seine Vorgänger, sondern alles auf seine eigene Art machte. Er fand auch hier eine Strafe, die den Zwerg schwer, die abenteuerlustige Odalissa schwerer treffen mußte und dennoch beiden die Liebe des Sultans zeigte. Er verbannte den Zwerg von seinem Hofe, gab ihm ein Haus in einem schönen Garten vor der Stadt und verheiratete ihn mit der, die ihm so gefällig gewesen und der er verlockend genug erschienen war. Zum Unwillen der ganzen Stadt feierte der Sultan die Hochzeit in seinem Schloß selbst, in Gegenwart aller Würdenträger. Mit Gold und Edelstein war die Tafel geschmückt, als ob es sich um Prinz und Prinzessin handelte. Die hohe Gestalt der Odalisse sah unter den weißen Schleieren noch edler aus, an ihrem Arm ging wie ein Kind der Zwerg. Kanonenschüsse hallten, als die beiden in die Säufte gehoben wurden, die sie zu ihrem Haus in dem schönen Garten brachte, wo nun der Zwerg, fern von allem Glanz, der ihn bisher umgeben, leben mußte, aber im Besitz einer der anmutigsten Frauen des Sultans, und wo diese Frau den süßbitteren Reiz einiger flüchtiger Tage nun ein Leben lang auskosten mußte, dennoch vielleicht getröstet durch die Erfahrung, daß ja der Zwerg der Schlimmste nicht war, und die Hoffnung, daß zu anderen Abenteuern wohl noch Zeit und Gelegenheit kommen werde. Darum sah man auch keine Träne in den braunen Augen der Odalisse, die wie Rehagen durch den Schleier glänzten. Die Augen des Zwerges aber strahlten feurriger als je.

Einsam und traurig stand nur der Sultan selbst, nachdem alle Hochzeitsgäste das Schloß verlassen hatten, mitten in dem leeren Saal. Er hatte sich selbst am schwersten gequält.

Deutschland militärisch einschreiben werde. Wenn England einen entschiedeneren Standpunkt gegenüber der Ruhrfrage eingenommen hätte, so hätte die Tschchoslowakei auch einen entschiedeneren Standpunkt zur Eventualität eines Krieges mit Rußland eingenommen, und da die Tschchoslowakei die Munitions- und Gewehrfabrik Polens sei, so hätte eine solche Erklärung die Möglichkeit, den Krieg Polens mit Rußland zu verhindern oder wenigstens zu verschieben.

Nur eine kurze Parlamentssession. Die Beratungen über die Einberufung des Abgeordnetenhauses und das Arbeitsprogramm der Juni-Juli-Tagung dauern fort, und wie wir erfahren, dürfte es nur zu einigen wenigen Sitzungen kommen. In einer dieser Sitzungen wird die Sozialversicherungs-Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen werden. Die Verhandlungen über die Vorlage selbst befinden sich in einem günstigen Stadium, es ist wahrscheinlich, daß der sozialpolitische Ausschuss sie noch im Sommer behandeln wird. In einer der anderen Sitzungen soll die Robellierung der Gesetze über die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachsteuer erfolgen, über die in der Koalition aber noch keine völlige Einigung zu verzeichnen ist. Der Termin der Parlamentseinberufung ist noch nicht sicher festgesetzt, dürfte aber um den 20. Juni herum liegen. Am 5. Juli soll die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses stattfinden, worauf der Senat zusammentreten wird, der bis 12. Juli beisammen bleibt. Mit diesem Tage wird die Frühjahrsession des Parlamentes ihr Ende gefunden haben.

Kampf gegen die Reaktion. Unter diesem vielbesprechenden Titel hat das „Pravo Bidu“ gestern eine Artikelserie beendet, die darin gipfelt, daß eine bessere Regierung als die gegenwärtige derzeit nicht möglich ist und daß die tschechische Sozialdemokratie aus diesem Grunde die Koalition nicht leichtsinnig zerschlagen werde, denn dies würde ein Sackgassenpiel mit der Existenz der Republik und der proletarischen Klasse bedeuten. Also die bekannte, tschechischsozialdemokratische Ideologie. In einem Nachwort zu diesen Artikeln befaßt sich das „Pravo Bidu“ mit einem Leitartikel Dr. Smerals im „Rube Pravo“, in dem dieser erklärte, daß die Grundlage einer neuen besseren Regierung theoretisch gefunden sei, es wäre dies die vereinigte Arbeiterklasse, die die Kleinbäuerlichen Elemente zuziehen würde. Kreidich hat diese Plattform auf der Brünner Konferenz auch auf die Klein-gewerbetreibenden ausgedehnt. Das „Pravo Bidu“ konstatiert, daß also die Kommunisten ihren prinzipiellen Widerstand gegen eine Koalitionspolitik aufgegeben haben, daß sie zwar die heutige Koalition ablehnen, aber glauben, daß sich die kommunistische Partei an einer neuen Koalition beteiligen könnte. Das „Pravo Bidu“ begrüßt diesen Umschwung und stellt folgende Bedingungen für eine Annäherung der tschechischen Sozialdemokraten an die Kommunisten auf: 1. Anerkennung der tschchoslowakischen Republik und lokales Verhalten ihr gegenüber. 2. Verwerfung der gewalttätigen Revolution, die auf eine Aenderung der Verfassungsgrundlage des Staates abzielt. 3. Parlamentarisches Regime mit allen Konsequenzen. 4. Verteidigung der Demokratie gegen die Diktatur von Rechts und Links und 5. Anerkennung des Mehrheitsprinzips in den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft.

Ausland.

Der sächsische Innenminister über die Unruhen.

Sachsen leidet schwer unter den Mißverhältnissen, die in wirtschaftlicher Hinsicht in Deutschland bestehen. Die Not führt zu Störungen in der Bevölkerung. Das ist die tiefste Ursache der Demonstrationen und Unruhen, die sich in den letzten Wochen in Sachsen gezeigt haben. Die Demonstrationen tragen einen außerordentlich gefährlichen Charakter. Sie wurden verschärft durch die inzwischen erwiesene Tatsache, daß rechtsradikale Elemente ihre Hand mit im Spiele hatten, um durch Auspuffung der Erwerbslosen dunkle politische Pläne zu verwirklichen. Das proletarisch regierte Sachsen ist also doppelt bedrängt. Wenn es gelänge, die sozialistische Regierung zu diskreditieren, den Nachweis zu erbringen, sie sei nicht imstande, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, dann würde das in weiteren Kreisen des Bürgertums mit schadenfroher Befriedigung aufgenommen werden.

In Dresden ist es möglich gewesen, der Bewegung ohne Blutvergießen Herr zu werden. Es war möglich, weil die Sicherheitspolizei, an deren Spitze übrigens Sozialisten stehen, alle Maßnahmen im völligen Kontakt mit der WSPD und der SPD traf und weil der Polizeipräsident auch den gemeinsamen proletarischen Ordnungsdienst zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Foklierung provozierender Elemente gewähren ließ.

In Leipzig haben die Demonstrationen mit einem Blutbad geendet. Hier haben zweifellos lokale Verhältnisse mitgesprochen. Aus den Ereignissen wird für die Zukunft die Lehre zu ziehen sein, daß ähnlich wie in Dresden vorgegangen werden muß.

Dresden, nicht schneidig genug vorgegangen sei. Der sächsische Innenminister, Genosse Liebmanna, hat jedoch in einer ausgezeichneten Rede die politische Krisenluft gereinigt. Trotz des stürmischen Protestes der bürgerlichen Parteien legte er die wahren Schuldursachen der Erregung der Arbeitslosen klar. Die heillose Mißwirtschaft der bürgerlichen Parteien im Reich, die von den sächsischen Bürgerlichen gestützt werden, brandmarkte er in einer Form, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Er sagte den proletarischen Parteien, daß sie ihren Streit beenden müßten, wenn sie die Gefahren meistern und die Voraussetzungen schaffen wollten, daß in Zukunft ein Blutvergießen vermieden wird. Die Polizei der Republik sei nicht dazu da, Hungernde niederzufußeln. Sie sei in erster Linie berufen, als Volkspolizei die Regierung zu schützen. Er verzichte auf die Anerkennung des Bürgerturns. Würde er sie bekommen, dann müßte er sich fragen, ob Fehler begangen worden seien. Das Einschlagen von Fensterrscheiben und wilde Aufläufe könnten allerdings nicht helfen. Sie würden unterbunden werden. Aber er werde jederzeit bemüht sein, in Verbindung mit den mehrheitlichen Massen zu handeln.

Aus den Reden der Kommunisten ging hervor, daß sie nicht die Absicht haben, der Regierung ernste Schwierigkeiten zu machen. Der Streit, der in Leipzig zwischen den beiden proletarischen Parteien entstanden ist, wird von ihnen mehr als eine lokale Angelegenheit, die er tatsächlich ist, aufgefaßt.

Oft haben politische Aussprüche im sächsischen Landtage ausgebrochene Kräfte nur noch mehr verärgert. Von der jüngsten politischen Debatte darf man sagen, daß sie wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen hat.

Telegramme.

Demission des belgischen Kabinetts. Brüssel, 14. Juni. (Wolff.) Nachdem der Senat den Gesetzentwurf de Broqueville über die Verflämung der Universtität Gent abgelehnt hatte, beschloß das Kabinett einstimmig, dem König die Gesamtdemission einzureichen.

Das britische Memorandum im Paris.

Paris, 14. Juni. Die „Agence Havas“ berichtet: Das britische Memorandum, das gestern dem französischen Vorkomitee in London übermittelt wurde, ist heute vormittags im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eingelangt. Es verlangt Aufklärung über die Bedingungen, unter denen die französische Regierung von Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet verlangen will, sowie über die von der französischen Regierung für die Regelung des Reparationsproblems ins Auge gefaßten Modalitäten. Poincaré hat, wie der „Temps“ berichtet, heute dem Ministerrat von dem Inhalte des englischen Memorandums, das nicht veröffentlicht wird, Kenntnis gegeben.

Französisch-englische Verständigung?

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) In London herrscht die Ansicht vor, daß der Ausgleich zwischen England und Frankreich auf der Basis des belgischen Vorschlages erfolgen werde. Diese Auffassung dürfte sich allen vorliegenden Meldungen nach bestätigen. Es ist möglich, daß auch die Frage des Abbaues des passiven Widerstandes auf dem Kompromißwege gelöst wird. Die Deutschnationalen sind über diese Möglichkeit sehr in Erregung geraten und setzen alles daran, um die Umwandlung des passiven Widerstandes in einen aktiven zu erzwingen. Die Regierung scheint ihr Treiben, das der Ruhrbevölkerung riesig schadet, vorläufig mindestens zu dulden. Unter der Arbeiterschaft des besetzten Gebietes herrscht über diese Schwarzmacherei, deren Folgen sie zu tragen hat, große Empörung.

England gegen die Saar-Kommission.

Genf, 13. Juni. (Tsch. P.-B.) Der Völkerbundsrat tritt am 29. Juni unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters Salandra in Genf zusammen. U. a. steht auf der Tagesordnung folgender englischer Antrag über das Saargebiet: Die englische Regierung hat durch Vermittlung des englischen Vertreters auf der Ratstagung, Wood, beantragt, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 7. März 1923 über die Aufrechterhaltung der Ordnung und vom 2. Mai über Streikposten zu lenken. Die englische Regierung beantragt außerdem eine Untersuchung darüber, ob die Vertretung des Saargebietes durch die Regierungskommission dem Geiste und dem Buchstaben des Versailles-Vertrages entspricht.

Tötung des Dortmunder Attentäters?

Dortmund, 13. Juni. (Havas.) Hier wurden zahlreiche Personen verhaftet, welche trotz der erlassenen Verbote in der Nacht in den Gassen getroffen wurden. Ein französischer Soldat erschoss durch einen Revolvererschuss einen ehemaligen Sicherheitspolizisten, welcher verdächtigt wird, die zwei französischen Unteroffiziere ermordet zu haben, und im Augenblicke der Verhaftung den Versuch machte, zu entfliehen. Ein deutscher Beamter, welcher Zeuge des Mordes war, agnoszierte in dem erschossenen Polizisten den Täter.

Tages-Neuigkeiten.

Kropotkin und der Bolschewismus.

Die bekannte russische Schriftstellerin E. Kuslowa teilt in der Berliner Zeitung „Dn“ einige bisher unbekannt Tatsachen über die Stellung des großen anarchistischen Theoretikers Peter Kropotkin zum Bolschewismus mit. Sie berichtet, daß er aus seinem Wohnsitz Dmitrow nach Moskau gekommen war, um die Hinrichtung einer Anzahl von Personen durch die Tscheka zu verhindern. In einer vertraulichen Besprechung mit einigen Personen sagte er:

„Ich habe alles getan, um diese Leute zu retten. Ich habe an Lenin geschrieben und ihn gebeten, mich zu empfangen. Ich werde auch weiterhin alles tun. Aber in ihrem Irrsinn sind die Menschen blind. Sie sehen nicht die eigenen Fehler, die für sie verhängnisvoll sind. Diese Fehler sind nur dann möglich, wenn die Nation krank, sehr krank ist. Der Krieg hat uns verstümmelt. Das Volk kann noch immer nicht die blutigen Gespinnster vertreiben. Es glaubt sie mit neuem Blut beseitigen zu können. Glauben Sie denn etwa, daß es in London, in England, anders wäre, wenn man dort nicht rechtzeitig dem Bürgerkrieg Einhalt geboten und ihn in die strengen Rahmen der Staatlichkeit gelenkt hätte? Dort wäre genau daselbe vor sich gegangen. . . Die dunklen menschlichen Instinkte darf man nicht strotzlos entfesseln. Das Verbrechen der Bolschewisten besteht eben darin, daß sie in der ganzen Welt eine Feuerbrunst entzündeten, die Leidenschaften entfesseln, aber keineswegs die Revolution organisieren können.“

„Glauben Sie denn, daß man eine elementare Bewegung organisieren kann?“

„Man muß das können. In diesem Zweck habe ich Sie eingeladen. Folgendes ist notwendig: Es müssen sechs oder sieben zuverlässige kluge Leute gewählt werden, die ausgehend aus der Novemberrevolution, und nicht unter ihrer Ablehnung, eine Verfassung ausarbeiten sollen. Denken Sie an Amerika. In einem bestimmten Stadium des Bürgerkrieges müßte Halt gemacht werden. Die Lungen des Landes arbeiteten nicht mehr. Die wirtschaftlichen Rote ersticken es. Es fanden sich Leute, die eine Verfassung ausarbeiteten und zum Frieden, zum Waffenstillstand aufriefen. Unter diesen Leuten befand sich der leidenschaftlichste, der hitzigste — Lincoln.“

„Glauben Sie denn, daß die Bolschewisten jemals fähig sein würden, Frieden zu schließen? Mit ihrem eigenen Lande?“

„Wenn sie dazu nicht fähig sein sollten, wird die Geschichte sie grausam vom Erdboden verschwinden lassen. Ich habe ihnen das stets gesagt. Lenin ist grausam, aber schlau. Er wird die letzte Stunde erkennen und berücksichtigen. Und darum müssen wir, die wir das Unvermeidliche sehen, gerüstet sein. Es muß unverzüglich eine Verfassung ausgearbeitet werden als Grundlage einer neuen vollständigen Staatlichkeit. Verstehen Sie mich? Keine konstituierende Versammlung, sie wäre zwecklos ohne vorherige Verständigung und Organisation der aktiven Kräfte, sondern ausdrücklich eine Verfassung, die eine Antwort darauf gibt, wie der neue Staat leben und sich vor den raubgierigen Raben schützen soll.“

„Wir hörten — fährt Frau Kuslowa fort — voll Staunen die Rede dieses Anarchisten, der so leidenschaftlich die bestimmten Rahmen einer Staatlichkeit verteidigte. Wir kamen noch einige Male mit ihm zusammen und stets wiederholte er denselben Gedanken.“

Große Tage für die Journaliste.

Die letzten Tage haben den Ausrauschern und Weistern der Feder Gelegenheit, sich in ihrer ganzen Größe vorzustellen: Revolution in Bulgarien! Das Herz schwoh, die Pulse pochten und die Plattfüße kamen in lärmende Bewegung. Das Innenministerium wurde belagert, die Türen der diversen Balkangesandtschaften eingeraunt, jedem Wort des kleinsten Schreibereins anhängig gemacht, als ob es Weltweisheit in sich schloße. Die G'schastshuberei konnte sich wieder einmal austoben, doch mit dieser Feststellung wird man dem journalistischen Informations-hunger noch lang nicht gerecht, denn er vermag auch argen Schaden anzurichten. Man denke zurück an den Juli der Weltwende von 1914, als die Journaliste, nur in vergrößertem Maßstabe, es ähnlich trieb, und erwäge den wohl-gemessenen Anteil, den die Presse damals an der Aufspießung der Gemüter, an der Verbreitung der nervösen Spannung, an der Vorbereitung der Kriegs-atmosphäre hatte. Selbst Verdacht und Stürggh hätten es nicht gewagt, wie aus dem Nichts heraus, ohne daß die breiteste Öffentlichkeit vorher mit Gewitterstimmung insiziert worden war, das Ultimatum in die Welt zu setzen, der Boden müßte sorgsam vorbereitet und für die suchtbare Saat aufnahmefähig gemacht werden. Und dieses Geschäft übernahm die Presse, zum Teil im vollen Bewußtsein des Berruchten, bei dem sie mithalf, zum Teil in ihrem unerfährlichen Bedürfnis nach Neuigkeiten, Sensationen, Leserschaft und Leserbetrag. Dieser Drang in ihr besiegte jede vernünftige Ueberlegung, der Gedanke an die möglichen Folgen ihres Tuns kommt vor ihm gar nicht auf. Werden sich die „Pressvertreter“, wenn sie Herrn Dastalow um Informationen angehen, vorher im Gefühl der Verantwortlichkeit fragen, ob sie ihm nicht Gelegenheit geben, zu hetzen, zu fügen und Kriegsmöglichkeiten an die Wand zu malen? Keine Spur, das Wichtigste ist die Aussprüche eines leidenschaftigen Bulgaren in

„Blatt“ zu bekommen. Könnte der südlawische Gefandte ein Gespräch mit „unserem Wa-Be-richterstatter“ nicht benützen, um den imperialistischen Plänen Serbiens auch hierzulande Gehör zu verschaffen? Gewiß, soll er doch! „wo i“ haben dafür die Sensation eines „Original-Interviews“ und die „Konkurrenz zerbricht“. Unwagbares, Kleinstes kann in Zeiten der politischen Höchstspannung, wie wir sie heute durchleben, die angeammelten Energien zur Entladung bringen, kann die eben erst durchlebten Kriegsgrenel in verständlicher Auflage aufs neue wachrufen, jeder hat die Pflicht, solch gefährliche „Aleinigkeiten“ sorgsamst zu meiden. Nur die Presse fühlt sich dieser Pflicht entbunden — das Bedürfnis, „informiert“ zu sein, weigt höher als alle Rücksichten auf Wohl und Wehe der Menschheit.

Zu Hilfe, zu Hilfe! Das deutsche Bürgertum muß sofort einen Führer bekommen, sonst gibt es eine Katastrophe! Die besten, hellsten Köpfe unter den deutschbürgerlichen Parteien erkennen es nunmehr klar, daß es so nicht länger weiter gehen kann. Aus tiefstem Herzen schreit einer der „eifrigsten Parteigenossen“ der Selben im Duzer „Tag“ nach der Lat, nach dem großen Mann, er kann den „toten Punkt“ nicht mehr ertragen, ohne „zielstrebiges“ Wirken muß alles zugrundgehen. Es wird ja auch immer einseitiger, da ja „auf den Schultern des Volkes eitle Juchuz! sich zügellos austobt“. Das geht doch wirklich über das Maß des Er-traglichen hinaus; man stelle sich nur vor, wohin das führen muß, wenn die Juchuz! fortwährend auf den Schultern steht, sich dabei austobt und nicht einmal Zügel in den Händen hat. Und dabei ist sie noch eitel, wo doch Zielstrebigkeit das einzig richtige wäre. Das ist aber noch lange nicht alles. Das Unerhörteste ist, daß „einzelne Volksteile auf Kosten des Volkes wirtschaftliche Vorteile anstreben“ und dabei das „völkische Hochziel“ hint-ansetzen — wie es beispielweise die gotterfuchten Sozialdemokraten tun. Dieses Recht der „Hinteransetzung“ haben nur die Gewerkschaften, versteht sich die gelben Gewerkschaften, die ja vom „Hinteransetzen“ leben, wenn sie nicht gerade mit der Vermittlung von Streikbrechern überlastet sind. Ein solcher „Schritt“ hat natürlich ein anderes „Gesicht“ — wo kamen wir auch hin, wenn nicht jeder Schritt sein Gesicht hätte; daher spricht man ja auch von Geschäftsförderung oder Schrittgeschichten. Kurzum: die Lage ist schrecklich. „Führer und Volk verweisen“, „zwar gibt es noch Männer und Frauen, die furchtlos ein-stehen, ihre Wege gehen aber oft weit auseinander“ und da man nicht ununterbrochen gleichzeitig stehen und gehen kann, muß etwas „gesehen. Es muß eine Stelle geschaffen werden, von der die Befehle kommen, „eine treibende Kraft . . . die den Blick fürs Ganze geschärft, richtunggebend wird . . .“ „aber nicht etwa eine Auffrischung des so faul ver-schiedenen parlamentarischen Verbandes“, sondern eine — „Truggemeinschaft“. Also der Führer, nach dem der Dakenkreuzler schreit, soll nicht nur tüchtiger als Logoman und Knirsch, sondern auch eine Stelle und eine treibende Kraft sein, die sich von anderen Kräften dadurch unter-scheiden muß, daß sie einen geschärften Blick hat. Nebenbei soll sie noch Richtung geben und eine Truggemeinschaft sein. Ob sich ein Hitler finden wird, der das alles bewältigen kann? Ein Glück, daß von dem kommenden Mann nicht auch noch verlangt wird, Tote „auf-zufrischen“. Ansonsten aber empfinden wir die bange Not wärmstens nach, in der sich der Artikelsschreiber, die Gelben und das gesamte deutsche Bürgertum befinden. Es ist wirklich zum Berrücktwerden. Einige hat es schon gefährlich gepackt. Wenn der mit dem scharfen Blick kommt, wird er Mühe haben, sich mit den Deutschen der Deutschen zu verständigen: sie haben die deutsche Sprache verloren.

Die Adelspartei. Seitdem die Kaiser- und Königs-kronen in den Staub gerollt sind, ist es mit Glanz und Herrlichkeit auch bei den Fürsten und Baronen, bei Herzogen und Grafen vorbei. Ihre politische Rolle haben sie so gut wie ausgepielt und nur ein einziger Unterschlupf ist ihnen ge-blieben, in dem sie sich aber noch immer gehörig breit machen können: die christlichsoziale Partei. Dort führen sie immer noch das große Wort. Vor ein paar Tagen fand in Warnsdorf eine „katholische Frauenbundtagung“ statt, auf der „herrlich“, „prächtig“ und „ergreifend“ die Frau Bundespräsidentin Beauport-Spon-tin zweimal referierte. Das Herz blutet dem Herrlichen Schreiber im Leibe, daß er in seinem Bericht nicht mehr wie früher alleruntertänigst von der Frau Herzogin sprechen kann. Ja, in der christlichsozialen Partei hat die Frau Herzogin Beauport noch ihren Hofkreis, dort haben auch die „Gräfin“ Rinsch und die „Baronin“ Coudenhove noch ihren „Cercle“. Das allein sollte es jedem verständig Schaffenden selbstver-ständlich machen, daß dort nicht seine Interessen vertreten werden. Welcher Arbeiter kann aufrechten Sinnes mit den adeligen Nichtstunern in einem Bund, in einer Partei beisammen-sitzen?

Wieder ein nationalsozialistischer Agitator als gewöhnlicher Verräter abgerufen. In Pfar-r-lichen im Rottal (Bayern) sind ein paar junge ehemalige Offiziere und sonstige „Intelligenzler“ eifrig bemüht, dem staunenden Publikum die neue Heilslehre des Dakenkreuzes beizubringen. Ein Duzend Zölnchen des guten Bürgertums bilden die Truppen dieser edlen Garde. Auch einige äl-tere Gimpel sind dabei, Leute, die eben das politi-sche Cimmaleins trotz des Alters noch nicht er-lernten. Recht hervorgeraten hat sich da auch ein

Börsen- und Schieberorgien in Berlin.

Eine tschechische Krone = 3172 Reichsmark.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) An der Börse besteht keine Hoffnung auf Besserung der Lage Deutschlands. Die Nachrichten über die bevorstehende Verständigung werden skeptisch aufgenommen. Außerdem fürchtet man, daß lange Verhandlungen die Lage Deutschlands nur noch verschlechtern werden. Die Devisen verfolgten daher auch heute ihre aufsteigende Tendenz fort. Der Dollar stieg auf 107,730 (gestern 98,503), das englische Pfund auf 504.000 (455.000), der Schweizer Frank auf 19.200 (17.060) und die tschechische Krone auf 3172 (gestern 2937). Die gleichzeitige stürmische Hausse auf dem Effektenmarkt ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß große ausländische Werte in deutschen Unter-

nehmungen untergebracht werden. Zahlreiche Betriebe werden direkt an das Ausland verkauft, wobei die Verkäufer Riesengewinne erzielen und Steuerflucht begehen können. Die Spekulation feiert auf der Börse und auf dem außerbörstlichen Markt Triumphe. Heute wurden das Montanwerk „König“ und der „Chemische Konzern“ an ausländische Kapitalgruppen verkauft. Sollte sich das Gerücht bewahrheiten, daß die Regierung dem Königswerk noch in letzter Stunde große Kredite zur Verfügung gestellt hat, so dürfte es zu einem politischen Skandal kommen, denn die Sozialdemokratie hat die Regierung bereits im Reichstag um ihre Stellungnahme zu den Vorgängen auf der Börse befragt.

Die Hezke gegen Severing.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) Die Deutschnationalen haben seit dem Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei gegen den preussischen Innenminister Genossen Severing eine weitere Hezke eingeleitet. Zuletzt gaben sie ihm die Schuld an der Einrichtung des von den Franzosen wegen Sabotage verurteilten Schlageter. Heute beantragten sie im Landtag ein Mißtrauensvotum gegen ihn, das aber mit allen gegen ihre Stimmen abgelehnt wurde.

50 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Dortmund, 14. Juni. (Wolff.) Die Franzosen haben auf der hiesigen Reichsbankstelle 50 Milliarden Mark beschlagnahmt. In der Bahnüberführung Bern-Basel sind gestern gegen 11 Uhr abends ein französischer Posten erschossen worden. Nähere Einzelheiten fehlen. Als angeblüher Täter ist ein Bergmann nam-

mens Stellmann von den Franzosen verhaftet worden.

Regierungsrat Reinhart vom Kreisamte Alzen wurde vom hiesigen französischen Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Beilegung des russisch-englischen Konflikts.

London, 13. Juni. (Gavas.) In der Antwort Großbritanniens auf das Memorandum der Sowjets wird vor allem die Befriedigung über das Schreiben der Sowjets ausgesprochen. England verpflichtet sich, bei den gegen die Sowjetregierung gerichteten Unternehmungen der russischen Emigration nicht mitzuwirken. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Vertreter der Sowjets in Teheran sein Vorgehen dem Geiste der in der Sowjetnote enthaltenen Zusagen unterordnen wird. Der Zwischenfall gilt als beigelegt.

des Zentralorgans der Völkischgruppe, Dr. Peter Ruzel. Der Vortrag findet im Steinersaal des Lidovy dum (Hybernergasse) statt und beginnt um 8 Uhr. Gäste sind willkommen.

Zum Vatermorde gedungen. Dieser Tage wollten die drei Töchter des Fleischermeisters Jomann in Lagnitz bei Perau ihren Vater in einem Gasthause in Leipzig durch einen als Mörder gedungenen Zigeuner umbringen lassen. Jomann, der während des Krieges reich geworden ist, wollte sich nämlich, obwohl er bereits 60 Jahre zählt, mit einer jungen Witwe verheiraten, was die Töchter in ihrer Eifersucht geshändert hätte. Die älteste der Töchter, eine verheiratete Hausner, trug dem Zigeuner auf, ihren Vater während einer Kartenspartie bei einem inszenierten Streite niederzustoßen. Jomann ging jedoch während des Spiels auf einen Augenblick hinaus, wo er von dem Dienstmädchen von dem ganzen Plan erfährt. Er holte die Gendarmen, die den Zigeuner und die drei Töchter verhaftete und dem Gerichte in Rautschkein einlieferte.

Er hatte 18 Schiffe im Leibe. In der Gemeinde Füz bei Alba Julia in Rumänien hat der Bauer Johann Tudor Selbstmord verübt und in einem Schreiben als Motiv der Tat angegeben, daß er im Kriege 18 Schiffe erhalten habe und den durch die Schiffe ihm noch heute verursachten Schmerz nicht mehr habe aushalten können.

Vom Blitze getötet. Als am Montag über Lundenburg und Umgebung ein Gewitter niederging, wurden einige Landwirte aus Birnbaum die in ihren Weinpärten gearbeitet hatten, in einem Wäldchen Schutz vor dem Regen. Ein Blitzschlag jedoch in die Hütte ein und tötete zwei Bauern, während er einen schwer verletzte und die übrigen betäubte.

18 Jahre in einem Kellerloch lebend begraben. Wie die Budapest Blätter berichten, kommt aus Oedenburg die Nachricht, daß in der dortigen Kleinmühle eine entmenschte Mutter ihre eigene Tochter durch 18 Jahre hindurch in einem Kellerloch gefangen hielt. Im Jahre 1905 verschwand die einzige Tochter der Frau Wolf, Johanna, und es wurde gesagt, daß sie in ein Sanatorium gebracht worden sei. Dieser Tage aber wurden die Bewohner des Ortes mißtrauisch und meldeten die Mutmaßungen, daß das Mädchen durch die Mutter versteckt gehalten werde, der Gendarmen. Diese erfahen im Hause der Wolf, welche anfangs leugnete; eine Hausdurchsuchung förderte jedoch rasch den ganzen Fall zutage. Die Gendarmen sand das Mädchen in einem Gefäß neben dem Keller eingemauert. Das Kellerloch hatte nur eine einzige Öffnung, durch die dem Mädchen die Speisen gereicht wurden. Das arme Wesen war ganz naß, lag auf dem Boden vollständig verriert, konnte nicht reden und wollte vor den Menschen flüchten. Es wurde ins Spital gebracht. Die Mutter wurde verhaftet, doch hat sie den Beweggrund ihrer Tat noch nicht angegeben.

Die Frau erwürgt. In Wien hat dieser Tage der 50-jährige Beamte Albert Mautner seine 40-jährige Gattin, die Schneiderin Regina Mautner mit bloßen Händen erwischt. Nach der Tat stellte sich Mautner bei der Polizei. Wie die Untersuchung ergab, lebte Mautner mit seiner Frau in stetem Unfrieden, da er wenig verdiente und das ganze Geld für sich verbrauchte. Das Ehepaar lebte eine Zeit-

länge schwer verkehrt, wurde in der Witwe Marie Rindl sichergestellt und verhaftet. Die Verhaftete gestand bei ihrer Einvernahme ein, daß sie den Raubmord aus Not verübt hatte. Sie streute der Überfallenen von rückwärts Pfeffer in die Augen und verfolgte ihr, als sie zu schreien begann, mit einem Hammer zwei Schläge auf den Kopf. Als sie dann im Zimmer nach Geld suchen wollte, wurde sie durch das Dienstmädchen überrascht und floh. — Die Überfallene ist ihren Verletzungen bereits erlegen.

Staatsgewerbeschule in Mähr.-Schönberg (bisher in Hohenstadt). Die Aufnahmeprüfungen für die höhere Maschinenbauschule werden am 30. Juni, die Einschreibungen in die Lehrwerkstätte für Schlosserei am 2. Juli in Hohenstadt vorgenommen. Mit Beginn des nächsten Schuljahres wird der Lehrbetrieb bereits im neuen Anfalltaggebäude in Mähr.-Schönberg, Bürgermarktstraße, eröffnet. Anfragen während der Ferien noch an die Direktion in Hohenstadt.

Schulforderungen der Freidenkerverbände.

Wir erhalten folgende Zuschrift, deren Inhalt uns heute, da eine Bürger- und Mittelschulreform vorbereitet wird, besonders zeitgemäß erscheint:

„Die unterzeichneten Körperschaften benützen die Gelegenheit der Herausgabe der Durchführungsanweisung zum Gesetze vom 13. Juli 1922, §. 226 d. S. d. G. u. B., um der Regierung, den übrigen gesetzlichen Faktoren und allen fortschrittlichen Kreisen nachfolgende Forderungen zu unterbreiten, durch deren Erfüllung erst die bereits geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Tat umgesetzt werden und die Verwirklichung des Schulwesens ihre Vollendung fände.

1. Wir fordern die Einführung der Bürgerkunde und der staatsbürgerlichen Erziehung auch für alle Typen der Mittelschule, weil der jetzige Zustand — die erwähnten Unterrichtszweige nur an Volls- und Bürgerschulen zu lehren — unnatürlich und unbegründet ist. Auf der Oberstufe der Mittelschule ist dieser Unterrichts- und Erziehungstätigkeit die Verstandes- und gesellschaftliche Ausbildung zugrunde zu legen.

2. Wir fordern, daß in Uebereinstimmung mit dem Gesetze vom 13. Juli 1922, §. 226 d. S. d. G. u. B. an die Errichtung von Pflichtkursen für die schulentwachsene Jugend geschritten werde, in welchen an erster Stelle der Bürgerkunde und staatsbürgerlichen Erziehung vollste Aufmerksamkeit zu widmen wäre. Da die Zeit der Geschlechtsreife nicht nur den körperlichen, sondern auch geistigen Zustand des Menschen von Grund auf verändert, ist es fernerhin unhaltbar, die Jugend gerade in dieser wichtigen Periode, wo sie der sittlichen Führung am meisten bedarf, ohne Belehrung und Erziehung zu lassen.

3. Wir fordern ferner vom Ministerium für Schulwesen und Volkshilfe, daß allen Lehrkräften, somit auch den Religionslehrern, soweit sie im Rahmen der schulbehördlichen Lehrpläne zu unterrichten haben, im Besonderen aufgetragen werde, dem § 119 der Verfassung vollste Rechnung zu tragen, welcher bestimmt, daß der öffentliche Unterricht der wissenschaftlichen Fortschritt nicht widersprechen darf.

4. Wir fordern, daß von allen Schulbehörden, die von der Nationalversammlung angenommene Entschließung der Abg. Hajn und Benossen vom 15. April 1920 beachtet werde, welche verlangt, daß mit Ausnahme von statistischen Zwecken das konfessionelle Bekenntnis der Staatsbürger bei keiner Gelegenheit mehr festgestellt werde, weshalb die Zugehörigkeit zu irgend einer Kirche auch nicht in den Schulzeugnissen und Schülerverzeichnissen zu vermerken ist.

Da nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Religionslehre für konfessionsfreie Schüler nicht Unterrichtsgegenstand ist und da ferner durch das Gesetz vom 13. Juli 1922, §. 226 S. d. G. u. B. es dem Willen der Eltern der einer Konfession angehörigen Schüler frei überlassen ist, ob sie ihre Kinder in den konfessionellen Unterricht schicken wollen oder nicht, ist die „Religionslehre“ für sie tatsächlich ein unverbindlicher Gegenstand, weshalb wir fordern, daß dies auch auf den Schulergebnissen aller Schularten dadurch zum Ausdruck komme, daß die Religionslehre nicht unter den verbindlichen Lehrgegenständen und nur für jene Schüler angeführt werde, die sich an diesem Unterricht beteiligen.

5. Wir fordern, daß durch die Schulbehörden den Schulleitungen aufgetragen werde, alljährlich zu Beginn des Schuljahres die Eltern der Schulkinder mit den Rechten und Pflichten bekanntzumachen, die für sie aus dem Gesetze vom 13. Juli 1922, §. 226 S. d. G. u. B. hervorgehen.

Bund proletarischer Freidenker in der tschechoslowakischen Republik in Bodenbach. — Deutscher Lehrerbund im tschechoslowakischen Staate in Reichenberg. — Československá Obec Učitelská v Praze. — Federované Komunistické Osvořové Jednoty v Praze. — Federované Komunistické Osvořové Jednoty v Lomu u Mostu. — Freier Gedante, Verein deutscher Freidenker, Prag. — Obroda, odbor Dělnické Akademie, sociál. demokrátů bez vyznání v Praze. — Sdružení sociálně-demokratických bezvěrců v Praze. — Ústřední spolek československých profesorů v Praze. — Volná Myšlenka československá v Praze.

lang getrennt und nahm erst nach dem Kriege dem armenfamem Haushalt wieder auf. Doch da Mautner sich nicht bessern wollte, kam es zum Ehebruchsdauersverfahren, dessen Verhandlung am Tage der Tat hätte stattfinden sollen. Mautner erwürgte jedoch vor der Verhandlung seine Frau.

Durch eine Ohrfeige getötet. Als in Janowitz in Westböhmen dieser Tage die Brüder Ailian mit einem gewissen Franz Altmann gegen 1 Uhr nachts das Gasthaus Oberhofer verließen, kam es zwischen den Dreien zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlaufe Altmann dem Franz Ailian eine so wichtige Ohrfeige versetzte, daß dieser zu Boden stürzte und bewußtlos liegen blieb. Am nächsten Tage ist Ailian gestorben. Die gerichtsarztliche Obduktion hat ergeben, daß der Tod durch die erhaltene Ohrfeige verursacht wurde. Altmann wurde verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der tschechoslowakischen Republik zählt noch dem jetzigen erschienenen Jahresbericht für 1922 81 Selbstverwaltungskörper mit einem ungefähren Jahresbeitrag von 16.000 K als beitragende Mitglieder und hat Beratungsstellen in Aulitz, Bautsch, Bodenbach, Gablonz, Komotau, Prag und Teplitz. Die Gesellschaft hat sich durch ihre Vertreter an den Beratungen zum Gesetze gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und dessen Durchführungsverordnungen beteiligt und seit dem März 1921 in einer großen Reihe von Städten ihre Wanderanstalten vorgeführt. Die Ausstellung wird im Herbst 1923 wiederum ihre Rundreise antreten. Die zweite Auflage des Merkblattes der Gesellschaft umfaßt 20.000 Stück und ist bereits vergriffen, so daß eine dritte Auflage erscheinen mußte. Derzeit zählt die Gesellschaft 16 Ortsgruppen und zehn Ortsausschüsse, die bestrebt sind, durch Vorträge und Lichtbildervorführungen — im letzten Berichtsjahre fanden mehr als 100 Vorträge statt — aufklärend zu wirken.

Dreitausend Jahre alte Gräber. In der Nähe von Znaim wurden dreißig Höckergräber aufgedeckt, deren Alter auf dreitausend Jahre geschätzt wird und in denen sich viele Schmuckgegenstände und Geräte aus der Bronzezeit befanden. Die ausgegrabenen Gegenstände wurden dem Brüner Museum übergeben.

Angeschwemmte Leiche. Bei der Liebener Brücke in Prag VII wurde der Leichnam eines unbekannten Mannes, der beiläufig zwölf Tage im Wasser gelegen sein dürfte, angeschwemmt. Der Extranke ist ungefähr 35 Jahre alt und mittlerer Gestalt.

Bei der Arbeit verunglückt. Gestern vormittags fiel auf der Kleinseite in Prag ein Hängegerüst durch Lockerung eines Stützbalzens aus der Höhe des zweiten Stockwerks herab, wodurch der Maurer Josef Rofel auf Pfosten stürzte und sich schwere innere Verletzungen zuzog. Rofel wurde in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus überführt. Gegen den Baumeister wurde die Strafanzeige erstattet.

Ein angenehmer Gast. In dem Gasthause des Josef Plešina in Prag Strojovce geschickte gestern abends ein gewisser Karl Joch fünf Biergläser und achtzehn Spiegelscheiben, weil ihm der Gastwirt kein Bier ausshenken wollte.

Gerichtssaal.

Schwere Jungen.

Prag, 14. Juni. Heute sah vor dem Straffenat des ODM. A. Vapil der Elektromonteur Obedon Homola aus Horni Bysoka auf der Anklagebank, der es verstanden hatte, allein drei Mädchen — eine in Semil, eine in Bodenbach, eine in Tepliz — so an der Nase herumzuführen, daß sie ihm blindlings als dem zukünftigen Manne fast ihr ganzes Vermögen anvertrauten. Die Marie K., der Homola erzählte, daß er in einem Elektrizitätswerk angestellt sei, befragt einen Verlust von 8250 K, Marie V. vertraute Homola eine Uhr an und sah sie nicht wieder, Karoline Z. gab Homola Nachlager und Verpflegung und wurde so um 1719 K betrogen. Schließlich fleidete sich Homola bei dem Schneider Schuberz vom Kopf bis zum Fuße neu an und verschwand dann auf Zimmerweiden. Die Anklage lautete heute auf Betrug, Diebstahl und Vagabundage und trug dem Angeklagten acht Monate schweren Kerkers ein. Homola wird nach Theisenstadt gebracht, wo er derzeit noch eine 16-monatliche Kerkerstrafe wegen eines Diebstahls beim Militär abzuhängen hat.

Ein nicht minder geliebter und schwerer Junge ist der 31jährige Karl Böhlhavel, der sich heute wegen einer, eine gewisse Apachenromantik nicht entbehrenden Sache zu verantworten hatte. Böhlhavel sah am 11. April um halb 2 Uhr nachmittags in der Schnapsbrennerei Touza am Vokid in Prag und unterhielt sich sehr angelegentlich mit einem Herrn, den er immer „Herr Baumeister“ tituliert. Um diese Zeit kam in den Schnapsladen der Eisenbahner Josef Trznitzel, der wegen einer privaten Angelegenheit nach Prag gekommen war und vor der Heimreise noch rasch einige Tees mit Rum trinken wollte. Böhlhavel und der „Herr Baumeister“ begannen mit Trznitzel ein Gespräch, setzten sich zu ihm an den Tisch und ließen sich dann von ihm — gute Leute, die sie waren — sogar die Zecher besorgen. Trznitzel war nämlich so begeistert von den Zusäuerungen Böhlhavels — der „Baumeister“ sei ein nobler Herr, der sich gegenwärtig nicht lumpen lasse — daß er es übernahm, wie der Ober ihm zu seinen drei Tees auch die Zecher der beiden anderen hinzurechnete. Dann verließen die drei die Schnapschenke — in rührseliger Stimmung. Böhlhavel fragte, er habe sechs Kinder zu ernähren, Trznitzel tröstete ihn damit, daß er deren acht zu Hause habe. Und zum Abschied gab es Ruch und Umarmung. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen und . . .“ als Trznitzel, ob der neuen Freundschaft sehr erfreut, besiegelten Schrittes zur nächsten Elektrischen eilte — denn es war auch höchste Zeit zum Zug — und nachschauen wollte, wie spät es sei, war die Uhr und eine Tasche mit 400 K verschwunden. Der nächste Wachmann wies Trznitzel auf Polizeikommissariat, wo dieser Böhlhavel im Verbrechensbuch auch sofort erkannte. In einem Gasthause erfuhr dann die Polizei, daß Böhlhavel im Ziklower Kaffeehaus „Sport“ mit einem gewissen Gustav Karela zu verkehren pflege. Im „Sport“-Café wurde auch Böhlhavel eine Stunde später festgenommen. Die beiden — Böhlhavel und der „Baumeister“ — hatten sich nämlich nach der „Verabschiedung“ von Trznitzel ins Hotel Tichy und dann ins „Sport“-Café begeben, wo Böhlhavel die gestohlene Uhr in eine Lotterie als Einsatz gab und an einen anwesenden Herrn verlor. Während des Lotteriespiels wurde er von der Polizei überfallen, während es seinem Freunde — der nach seiner Aussage „Baumeister“ in Strafschuld sein soll — gelang, im allgemeinen Trubel zu entkommen. — Heute war Böhlhavel geständig und wurde zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Die Ursache.

Roman von Leonhard Frank.

Da ging er schnell davon. Bis zum Platz, wo das ihm bekannte Straßenmädchen wohnte. Aus dem Nachtcafé unten im Hause klang die neueste Operette-Melodie. Sie öffnete selbst. Ihr weißgekleideter Schlafrock stand vorne offen. Und als sie den Dichter erkannte, fuhr sie ungeniert fort, prüfend ihre linke Brustwarze zu drücken. „Zeit einer Woche habe ich Schmerz“. Zehen Sie . . . den blauen Fleck.“

Er versuchte zu scherzen: „Was haben Sie denn da wieder angestellt.“

„Das hab doch ich nicht angestellt.“ Lachend zog sie ihn ins rote Zimmer. Auch die Ampel war rot. Und das unberührte rote Himmelbett war geöffnet.

Blötzlich lag sie wie eine müde Nabe zusammengeklaut auf der Ottomane. Ihre Knöchel ruhten im Ellbgegendelent. „Das macht der immer.“

„Was?“

„Mit meiner Brust . . . Und danach verlangte er immer etwas ganz Unglaubliches von mir . . . Meinnetwegen.“

Der Dichter sah in die Ecke. — Und da will ich Geld von ihr verlangen. „Es gibt Sachen, die unmöglich sind.“

„Gott, nein.“

„Was! Hab ich etwas gesagt?“

Sie lag noch immer reglos.

Der Dichter lachte ihre Geschichte. Vor einigen Monaten hatte er sie total betrunken auf der Straße gefunden. Sie war von ihren Eltern fortgejagt worden, weil ein Reichstagsabgeordneter sie verführt und sie sich geweigert hatte, ihn

Kleine Chronik.

Ein Stadt überflutet. Wie die „Times“ aus New York meldet, hat der Artausfluß die Stadt Tulsa überflutet. 5000 Personen sind obdachlos.

Der jüngste Ausbruch des Keina. Ueber den vor einigen Tagen erfolgten Ausbruch des Keina liegen nähere Berichte vor: Es haben sich drei Eruptionen abgelebt, die gleichzeitig flüssige Lavamassen in die Luft schleudern. Die Heftigkeit der Explosionen innerhalb des Kraters hält noch an. Drei Lavafontänen speien sechs Lavaströme, wovon der längste etwa vier Kilometer mißt und die Richtung Danboga eingeschlagen hat. Da in den letzten paar Tagen der Lava-Auswurf von verminderter Heftigkeit war, erstarrten große Lava-Abflinger, was zur Folge hatte, daß diese das weitere Vordringen der Lavaströme verhindern, aber wohl nur für kurze Zeit, da sie wieder neue, kleinere Ausläufer gebildet haben. Der Kraterkegel wächst immer höher durch die fortwährenden Ablagerungen der von den Explosionen herührenden Lavablöcke. Die letzteren werden zumeist etwa 300 Meter hoch geschleudert, fallen aber fast immer senkrecht in die Ausgangshöhle zurück. Der Zentralkegel liegt im Ruhezustand und seinen verschiedenen Eruptionen entspringen vorderhand nur weiße, schwefelhaltige Rauchwolken. Das ganze Ausbruchgebiet bereitet dem Beobachter ein hochinteressantes Schauspiel. Nach Aussagen des berühmten Vulkanologen Professors Gaetano Ponte dürfte der Ausbruch noch weiter andauern.

Sonderbares Wahlrecht in Madagaskar. Die französische Insel Madagaskar in Afrika hat jetzt ein Wahlrecht erhalten, das sonderbare Bestimmungen enthält. Die Wahlordnung gewährt nämlich das Wahlrecht nicht bloß den Männern und Frauen in Madagaskar, sondern auch den Kindern. Das Kinderwahlrecht soll zum Teil mittelbar, zum Teil aber unmittelbar ausgeübt werden. Kinder über zehn Jahre wählen selbst, das Wahlrecht der Knaben und Mädchen unter zehn Jahren soll jedoch von der Mutter ausgeübt werden. Das neue Wahlrecht wird bei der Wahl der Finanzdelegation ausgeübt, die der Kolonie Madagaskar gewährt wurde. Diese Delegation soll einen parlamentarischen Beratungsrat darstellen, wie er in Algier bereits funktioniert und sich dort bewährt haben soll. Die Delegation soll zur Hälfte aus europäischen Mitgliedern, die von den Handels- und Landwirtschaftskammern gewählt werden, und zur Hälfte aus den Erwählten des allgemeinen Wahlrechts bestehen. Eigentümlich ist auch die Berechnung des allgemeinen Wahlrechts mit Einschränkungen, die eine Höchststeigerung der indirekten Wahl bedeuten. Die Mitglieder des Budgetparlamentes werden nämlich nicht unmittelbar von dem sein allgemeines, gleiches und vielleicht auch geheimes Wahlrecht ausübenden Volk gewählt, sondern nur auf Grund einer dreigfachen Wahl. In dem Beratungsrat delegiert. Die Urwähler wählen nur die Dorfvorsteher, diese die Delegierten ersten Grades und erst diese als Wahlmänner haben die definitiven Mitglieder der Finanzdelegation zu wählen. Die sonderbare Wahlordnung ist bei den Wahlen für die Finanzdelegation bereits in Kraft getreten. Sie sollen, der Versicherung französischer Berichte nach, in aller Ordnung und ohne Zwischenfälle vor sich gegangen sein und auch keine Wahlmissbräuche zum Vorschein gebracht haben.

Waldwirtschaft und Sozialpolitik.

Ein belgisch-tschechoslowakischer Zollkonflikt. Die belgische Regierung hat angeordnet, daß die Zollsätze auf Waren tschechoslowakischen Ursprungs zwei- bis fünffach erhöht werden. Es sind dies, so schreibt die „Tribuna“, lauter Wa-

rensorten, welche wir nach Belgien in bedeutendem Maße, ja fast ausschließlich nach Belgien ausführen. Diese neuerhöhten Sätze gelten ausschließlich für die Tschechoslowakei, Waren anderen Ursprungs (außer reichsdeutschen) behalten die alten, bisher gültigen Zollsätze bei. Damit erklärt Belgien den Zollkrieg gegen die Tschechoslowakei, welche es in eine Kategorie mit Deutschland stellt. Damit über dieses Faktum keine Zweifel herrsche, daß Belgien uns bewußt an Deutschland reißt, welches aus politisch-wirtschaftlichen Gründen mit so hohem Zollsatz belegt wird, erklärt der zweite Artikel der belgischen Verordnung, daß bei allen eingeführten Waren bewiesen werden muß, daß sie sich aus der Tschechoslowakei oder Deutschland stammen. Diese Verordnung ist am 11. Juni in Gültigkeit getreten und wird auch schon von den belgischen Zollbehörden durchgeführt. — Unsere Ausfuhr nach Belgien betrug für das Jahr 1922 293 Millionen Kronen, unsere Einfuhr aus Belgien 230 Millionen Kronen. Es ist deutlich erkennbar, daß diese Verordnung das Ende unseres Handels mit Belgien bedeutet. Wie die „Tribuna“ erfährt, ist die belgische Regierung zu dieser Gewaltmaßnahme geschritten, um die Tschechoslowakei zu bewegen, vom Bewilligungsverfahren bei der Einfuhr abzugehen. Die tschechische Regierung erwägt angeblich Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Belgien.

Erntefeste der armen Zuderindustriellen. Die Zuderindustriellen haben ihren letzten, allerdings mißglückten, Auszug auf die Taschen der konsumierenden Bevölkerung bekanntlich mit dem Schwindeldelugament aufgezogen, daß sie behaupteten, die Ertragnisse der abgeschlossenen Zuderkampagne seien so dürftig, daß sich ihr bislang so süßes Geschäft beinahe nicht mehr lohne. Unsere deutschen und tschechischen Agrarier, die für derlei Eulenspiegel jederzeit ihr butterweiches Herz vorzudecken pflegen, waren selbstverständlich mit den Zuderbaronen eines Sinnes und beteiligten sich im Bunde mit den Nationaldemokraten an dieser Freitreiberoffensive, deren schließliches Scheitern nur der verheerenden Abwehr der sozialistischen Parteien zu danken ist. Aus den Bilanzergebnissen, mit ihren Millionen-Reingewinnen, die die Zuderfabriken jetzt veröffentlichen, kommt nun an den Tag, welche Lumperei dem verachteten Anschlag der Fabrikanten innewohnt. Die Schönbrunnener Zuderfabrik-Allianzgesellschaft, die dem Konzern der Bank für Handel und Industrie angehört und von tschechischen Feudalen, Nationaldemokraten, deutschen Fabrikanten, französischen Politikern und österreichischen jüdischen Bankiers verwaltet wird, kündigt ihren beneidenswerten Aktionären an, daß das abgelaufene glänzende Geschäftsjahr sie in die Lage versetzt, eine Dividende von 45 Kronen gegenüber 30 Kronen im Vorjahre zu verteilen. Unvergleichlich besser kommen aber die Verwaltungsräte weg, die sich mit ihren Gläubigern im Frühjahr schier heiser geschrien haben: sie erhalten für ein paar Verwaltungsratsfraktionen von halbstündiger Dauer eine statische Anzahl tschechischer Hunderttausender als Tantieme. Und das alles zahlt die konsumierende Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft beim Zudereinkauf und muß dabei froh sein, daß der letzte Zentezug der Zuderindustriellen verteilt werden konnte!

Die tschechischen Nationalsozialisten und die Sozialversicherung. Auf der vorgestern stattgefundenen Konferenz der Delegierten der tschechisch-nationalsozialistischen Arbeitergemeinde, an der auch Minister Tučný teilnahm, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Konferenz beschließt, daß die Sozialversicherungsvorlage der erweiterten sozialpolitischen Kommission des Volkskongresses der tschechischen nationalsozialistischen Partei vorzulegen ist. Dieser Kommission wird aufgetragen, daß sie die Anträge

der Delegierten zu den einzelnen Punkten der Vorlage prüft, besonders soweit sie die Organisation der Sozialversicherung betreffen.

Internationale Keramarbeiterkonferenz in Charlottenburg. Für den 4. Juni 1923 und die folgenden Tage hatte der intern. Sekretär Gen. Wollmann die Glieder der intern. Föderation der keramischen Arbeiter von Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien und der Tschechoslowakei nach Charlottenburg eingeladen. Der Weltkrieg hatte die Tätigkeit der intern. Föderation der keramischen Arbeiter unterbrochen, es war daher vor allem die Aufgabe dieser Konferenz, die zerrissenen Fäden wieder zusammenzuflicken und die keramische Internationale zu neuem Leben zu erwecken. Die Erwartungen, welche die Keramarbeiter der einzelnen Länder an diese Tagung gestellt hatten, wurden von ihr auch voll und ganz erfüllt. — Antetend waren Deutschland durch 5, England 3, Tschechoslowakei 2, Frankreich, Dänemark und Holland durch je 1 Delegierten, welche zusammen 118.367 Mitglieder vertraten. Der italienische Vertreter konnte nicht erscheinen, da ihm keine Regierung den Reisepaß verweigerte. Als Vertreter des Verbandes der Keramarbeiter der Tschechoslowakei nahmen Palme und Zinke teil. Der Bericht des Sekretärs stellte fest, daß der Weltkrieg und seine Folgen eine nennenswerte Tätigkeit des Sekretariates verhindert. Die geringen, von früher vorhandenen Mittel sind durch die eingetretene volutarische Entwertung der Mark gegenstandslos geworden. Als vorläufige Finanzierung des Sekretariates wurde beschlossen, auf Grundlage der Einnahmen der einzelnen Landesorganisationen im Jahre 1922 einen Beitrag von 1 pro Mille einzubehalten. Die Berichte der Vertreter der Landesorganisationen ergaben viel wertvolles Material über den Stand der Bewegung in den Ländern, sowie über deren soziale Gesetzgebung. Die Tschechoslowakei und Dänemark hatten der Konferenz gedruckte Berichte vorgelegt. Wegen Verzögerung jener Organisationen, die der keramischen Internationale noch nicht angehören, wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Konferenz beauftragt den Sekretär, mit den Organisationen der Länder, die unserer Föderation noch nicht angeschlossen sind, Verbindung zu suchen, um aus jenen Ländern nach Möglichkeit Informationen über die Lage der Keramarbeiter und der Keramarbeiter zu erlangen und die betreffenden Organisationen zum Anschluß an unsere Föderation zu gewinnen.“ Als Sitz der keram. Internationale wurde Charlottenburg (Deutschland), als Sekretär Gen. Wollmann einstimmig gewählt. Auf Antrag des französischen Gen. Tillet wurde beschlossen, die nächste Konferenz in zwei Jahren abzuhalten. Als Kongressland wurde von den Vertretern des tschechoslowakischen Keramarbeiterverbandes die Tschechoslowakei vorgeschlagen. Mit der Abhängung der „Internationale“ wurde die denkwürdige Tagung geschlossen.

Unsere Bierproduktion. Nach den amtlichen statistischen Berichten waren im Jahre 1921 in Böhmen allein 481 Brauereien (im Jahre 1914 535), in Mähren 69 (gegen 88 im Jahre 1914), in Schlesien 18 (gegen 25 im Jahre 1914), zusammen 569 Brauereien (gegen 648 im Jahre 1914) tätig, die in Böhmen 5.013.025 Hektoliter (gegen 9.358.972 Hektoliter im Jahre 1914) und in Mähren, Schlesien 6.221.603 Hektoliter (gegen 11.325.456 Hektoliter im Jahre 1914) Bier brauten. In Böhmen waren 8223 Arbeiter, in Mähren, Schlesien 10.096 Arbeiter (um 1142 weniger als im Jahre 1914) in der Brauindustrie beschäftigt. In der ganzen Republik betrug die Erzeugung in 590 Betrieben 6.553.765 Hektoliter Bier.

Drittes Kapitel.

Um acht Uhr früh kam er an, zerstört, mit brennenden Augenlidern. Morgenmüde und Dämmerung hing noch in den Gassen. Der Dichter sah nach Osten, wo zart und strebend die Morgenröte stand. Geradewegs ging er in die Lohgasse. Der Gedanke hatte sich in ihm festgesetzt und alles andere verdrängt: Lehrer Mager müsse sein Unrecht einsehen und ihn um Entschuldigung bitten. Das würde ihm die Kraft zur Reinigung geben, zu einem neuen, rüchardvollen Leben. Und als er die steile, muffige Treppe hinaufstieg, erlebte er die Verführung im voraus; er dachte, der Lehrer, der schon damals erwachsene Zöhne gehabt hatte, werde jetzt ein weißhaariger, gebeugter Mann mit der Einsicht und Güte des Alters sein, mit dem sich anzuföhnen leicht fallen müsse. Die alte Wirtschaftlerin ließ ihn ins niedere, mit geriebenen Familienmöbeln vollgestopfte Arbeitszimmer eintreten. Und der Dichter blickte entgeistert zum Lehrer hin, der am Schreibtisch stand, aufrecht wie ein Pfosten, zäh, mit noch dunkelrotem Haarfranz; vollkommen unverändert. Die Mundwinkel voller Wut und hämisch in die Wangen zurückgezogen, sah er den Auffas eines Schülers. Auf dem Schreibtisch befanden sich zwei Stöße blauer Schulhefte, korrigierte und unkorrigierte. Der Dichter stand im Dunkel bei der Tür. Der Lehrer hatte ihn noch nicht bemerkt. Er setzte sich und korrigierte mit roter Tinte den Auffas, wobei sein Gesicht in dem Gemisch von Wut und hämischer Freundlichkeit blieb, vom Schein der Petroleumlampe getroffen. (Fortsetzung folgt.)

Die Streikbewegung in Rußland. Für das erste Halbjahr 1922 sind in Rußland (ohne Ukraine) 110 Streiks mit 43.503 Streikenden amtlich registriert worden. Sie entfallen hauptsächlich auf Petrograd, Moskau und das um Moskau gelegene mittelrussische Industriegebiet. Fast die Hälfte aller Streikenden entfallen auf die Textilindustrie, der dann der Bergbau (7000) und die Metallindustrie (6000) folgen. Den häufigsten Anlaß zum Streik gibt die Verpätung der Lohnzahlungen, die auf die ungenügende Speisung der Industrie mit staatlichen Umlaufmitteln (Zahlungsmitteln) zurückgeführt wird; aber auch die niedrigen Löhne selbst führen häufig zu Streiks. Die Verpätung der Lohnzahlungen spielt besonders im Bergbau (in 52 Prozent aller Streikfälle) eine große Rolle, da die „Bergbauern“ noch ganz auf den Staat angewiesen sind; anders in der Textilindustrie, die für den freien Markt arbeitet und dort ihre Geldbedürfnisse deckt: die Zahlungsverpätungen spielen hier eine geringere Rolle (20 Prozent) als die ungenügenden Lohnsätze (66 Prozent aller Streikfälle). Dieser Unterschied in der Organisation des Bergbaus und der Textilindustrie kommt auch in dem Vergleich der Streikergebnisse zum Ausdruck, insofern als letztere ihre Lohnerböhrungen leichter auf die Konsumenten abwälzen kann. Mit Erfolg endeten nämlich 94 Prozent aller Textilarbeiterstreiks (nach der Arbeiterzahl berechnet) und nur 71 bzw. 36 Prozent aller Bergbau- und Metallarbeiterstreiks. Erfolglos waren 6 Prozent der Textilarbeiterstreiks, 29 Prozent der Bergarbeiterstreiks, 64 Prozent der Metallarbeiterstreiks. Sehr bemerkenswert ist ferner die kurze Dauer der heutigen Streiks in Rußland: nur 1 Prozent aller Streikenden entfällt auf Streiks mit über tägiger Dauer (vor dem Kriege 8 Prozent), 91 Prozent auf Streiks mit Dauer unter 5 Tagen. Dabei sind die ganz kurzen (unter 24 Stunden dauernden) Streiks überhaupt nicht berücksichtigt worden. Das beweist, daß die Streiks in Rußland eher als elementare Ausbrüche, denn als wohlorganisierte Bewegungen zu betrachten sind.

Streik der öffentlichen Beamten in Rumänien. Rumänien unterhält eine verhältnismäßig zu große Zahl von Beamten; nicht weniger als 5 Prozent der Bevölkerung gehören diesem Stande an. Die Beamten sind nicht organisiert, sind aber trotzdem vor kurzem in großer Anzahl in einen Streik getreten, dessen Ausdehnung immer mehr zunimmt. Die Gehälter sind seit beinahe 2 Jahren fast unverändert, dagegen schreitet die Teuerung seit zwei Jahren sprunghaft vorwärts. Die von der Regierung für Gehaltserböhrungen in Aussicht gestellte halbe Milliarde reicht bei weitem nicht aus. Da der rumänische Beamtenstand zum großen Teil den Familien der im Staate herrschenden Grundbesitzer entstammt, dürfte der Staat seinen Forderungen entgegenkommen, und es ist somit nicht wahrscheinlich, daß der Streik die rumänischen Beamten auf den Weg einer Klassenbewußten Organisation drängen wird.

Devisenkurse.

Prager Kurze am 14. Juni.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	13,99 00	13,13 00
10.000 Mark	2,45 00	3,45 00
100 belg. Francs	184,25 00	185,75 00
100 schwed. Francs	692,25 00	694,75 00
1 Pfund Sterling	153,62 50	153,12 50
100 Lire	150,00 00	157,50 00
1 Dollar	33,80 00	34,20 00
100 franz. Francs	216,25 00	216,75 00
100 Dinar	37,62 50	38,12 50
10.000 magdar. Kronen	38,50 00	42,50 00
10.000 poln. Mark	3,20 00	4,20 00
10.000 österr. Kronen	4,60 00	5,10 00

Züricher Schlusskurze am 14. Juni.

	Gold	Ware
Paris	35,30 00	35,40 00
London	25,70 00	25,72 00
Berlin	0,60,50 00	0,60,53 00
Holland	25,80 00	25,90 00
Dolland	218,20	218,50
Wien	0,00,78 50	0,00,79 00
Budapest	0,07 00	0,08 00
Budapest	16,62 50	16,67 50
Bras	5,37 00	5,37 75
Belgrad	6,00 00	6,20 00
Warschau	0,00,70 00	0,00,80 00

Kunst und Wissen.

Prager Mysterienspiele. Es war ein glücklicher Gedanke des Direktors für Rhetorik an der Prager deutschen Universität, Frau Gusti Weidl-Hackel, mit ihrer Hörern das alte aus dem 15. Jahrhundert stammende Mysterienspiel vom „Totentanz“ aufzuführen. Der Erfolg des Beginnens war gewaltig; in nicht einmal einer ganzen Woche konnten in der jedesmal überfüllten evangelischen Michaelskirche fünf Aufführungen stattfinden. Was beweist, daß es echte Volkskunst ist, die aus allen diesen alten Mysterien spricht, echte Volkskunst, die seinerzeit für das Volk erfunden ward und ihm in der populär-

sten Form durch Schaustellung in Buden und auf Jahrmärkten zugänglich gemacht wurde, und es, wie man sieht, auch heute noch im höchsten Maße fesselt, ist die Wiedererweckung dieser Mysterienspiele, die schon die klassischen Griechen, ja selbst die ältesten Kulturvölker (Ägypter, Babylonier usw.) kannten, und die als die unmittelbaren Vorläufer des Dramas anzusehen sind, im höchsten Maße lobenswert. Die schönsten Blüten und reifsten Formen dieser Mysterienspiele sind bekanntlich die „Marienschauspiele“ und „Passionsspiele“, von denen namentlich die letzteren in der jüngeren Zeit verschiedenlich wieder aufgelegt sind. Das in der evangelischen Kirche aufgeführte Mysterienspiel vom Totentanz, das der Berliner Vaas-Verlag nach Drucken aus dem 15. Jahrhundert zusammengestellt hat, behandelte die Idee von der Allmacht des Todes als Volksgedanken Gottes. Alles ist ihm untertan und muß zum letzten Tange mit ihm antreten, Gerechte wie Ungerechte, gute wie böse Menschen, die der Tugend dienlich und dem Laster fröhlich; der König, die Geliebte, die schöne Maid, der Arzt, der Richter, die flehende Jungfrau, die Bucherin, das Bäuerlein, der Landknecht, die junge Mutter mit dem Säugling. Befähigend und vertärend tritt zu Anfang und am Ende des Spieles die Gestalt des lichten Engels in den Reihen der handelnden Personen. Die begleitende Musik verwendet in ausgezeichneter charakteristischer Weise vorwiegend alte Weisen von Bach und Händel. Den einleitenden Engelloospruch und das abschließende Orgelnachspiel (Passacaglia) hatte der heimische Tonbildner Dr. Th. Weidl für die Aufführung eigens komponiert; beide Kompositionen sind in Stil und Ausdruck dem Charakter des Mysterienspieles und seiner übrigen Begleitmusik außerordentlich angepaßt, die „Passacaglia“ fesselt überdies durch gediegene, moderne sachliche Arbeit. Die Aufführung selbst verdient alles Lob. Namentlich Frau Prof. Brömse-Schünemann in der Gestalt des Engels und als Sängerin des Engelloospruches sowie des wunderbar ergreifenden Liedes „Es ist ein Schmitter, der heißt Tod“, Herr Dr. Weid in der Orgel und Frau Weidl-Hackel als Spielleiterin erwarben sich besondere Verdienste. Unter den Vertretern der übrigen, ganz im Stile alter Holbeinscher Bilder wirkenden Gestalten fielen der Darsteller des Todes (Herr Kraus) und die Darstellerin der Mutter (Frau Brejcha) auf. — ok.

Ensemblegastspiel des Berliner Lustspieltheaters. Heute Freitag und morgen Samstag spielen die Berliner Gäste abermals das reizvolle Shakespeare-Lustspiel „Wie es euch gefällt“. Sonntag: „Bürger Schappel“.

6. philh. Konzert mit Kammerlängerin Gertrude Förstel-Wien. Montag den 18. Juni: Neues Theater. Programm: Werke von Reger, Mozart, Mahler, Beethoven. Solistin: Kammerlängerin Gertrude Förstel-Wien. Dirigent: Zemlin. Karteneröffnung täglich.

Ensemblegastspiel des Deutschen Landestheaters in Brünn. Das Schauspielensemble des Deutschen Landestheaters bringt Montag den 18. Juni Werfels „Schweiger“ und Dienstag den 19. Bronnens „Battermord“ im Brünnener Stadttheater zur Aufführung.

Neues Theater. Die Sonntagabendvorstellung „Katja, die Tänzerin“ entfällt.

Wo vertehren wir?

Café Continental, 1000 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 1000 Prag-Nejzanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetch 22 (Urania). 1090

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. 100 PRAG II., Hybernská Konzert Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. 1198 CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Kleine Bühne. Heute, Samstag, und Sonntag nachmittag 2.30 Uhr „Der blonde Engel“. Sonntag abends, neu einstudiert, „Komisch und erl“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Postelberg. Auf der am letzten Sonntag im Gasthaus „Zum schwarzen Bären“ in Postelberg abgehaltenen Bezirkskonferenz erstattete nach Abgabe der Berichte Genosse Uhlige Gruppen ein instruktives Referat über die kommenden Gemeindevahlen. An das beifällig ausgenommene Referat schloß sich eine lebhafteste Debatte, worauf beschlossen wurde, über dieses Thema noch in einer erweiterten Konferenz zu verhandeln, zu der alle sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre des Bezirkes eingeladen werden sollen. Genosse J. Lich-Komotau sprach sodann über die Bedeutung der Arbeiterpresse im Kampfe des Landproletariats und berichtete gleichzeitig über die Aktion des Presseauschusses der „Volkszeitung“. Nach Abführung einer Debatte schritt man zu Neuwahlen, bei denen Genosse Rudolf Knorrek zum Bezirksvertrauensmann und Gen. Franz Schierl zu dessen Stellvertreter gewählt wurde.

Bezirkskonferenz Benzen. Am letzten Sonntag fand in Benzen eine Bezirkskonferenz statt, auf der 14 Lokalorganisationen durch 32 Delegierte vertreten waren. Als Vertreter des Kreises war Genosse Wondreiz erschienen. Nach Erstattung der Berichte verwies Genosse Dobiasch in einem kurzen Referate auf die Tätigkeit des Sekretariats, den Stand der Organisation und insbesondere die Tätigkeit unserer Gegner. Hierauf berichtete Genosse Wondreiz über den Internationalen Sozialistenkongress in Hamburg; der Bericht wurde mit Beifall zur Kenntnis genommen. Betreffs der nächsten Gemeindevahlen wurde der Antrag gestellt, am 8. Juli eine Gemeindevertreterkonferenz unter Zuziehung aller Lokalorganisationen abzuhalten. Es wurden hierauf noch einige interne Angelegenheiten erledigt, worauf der Vorsitzende die Konferenz mit einem Appell zur weiteren ausdauernden Arbeit schloß.

Gemeindevertreterkonferenz in Falkenau. Sonntag fand in Falkenau eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter aller industriellen Gemeinden des Bezirkes statt. Das Referat erstattete Genosse Kay, der die Aufgaben unserer Partei und der sozialdemokratischen Gemeindevertreter bei den kommenden Gemeindevahlen behandelte und Richtlinien vorlegte, nach denen sich bei den Wahlen zu verhalten ist. Das interessante Referat des Genossen Kay löste eine sehr lebhafteste Debatte aus, an der sich viele Gemeindevertreter beteiligten, und zwar in einer Weise, die bewies, daß unsere Genossen trotz ihrer erst vierjährigen Tätigkeit in den Gemeindeverwaltungen sehr viele und wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, die sie im Interesse der Arbeiterschaft oftmals von Erfolg begleitet zur Anwendung brachten. Die Richtlinien, die Genosse Kay der Konferenz vorlegte, fanden einstimmige Annahme.

Die Beschlüsse des Hamburger Kongresses. Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale gibt noch vor der Fertigstellung des stenographischen Protokolls die Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses von Hamburg in den drei Kongresssprachen heraus. Die

deutsche Ausgabe ist soeben im Kommissionsverlag der Wiener Volkbuchhandlung erschienen und zum Preis von 2000 österr. Kronen erhältlich.

Bereinsnachrichten.

Anderwanderung nach Celakowih, veranstaltet von den Naturfreunden. Die Interessenten werden eingeladen, Samstag dem 16. Juni abends „Kaffee Nizza“, Vereinszimmer zwecks Besprechung, zusammenzukommen. Der Ausflug wird am 24. Juni unternommen. Zusammenkunft Viertel 9 Uhr früh Denstbahnhof.

Turnen und Sport.

Motorrennen auf der englischen Insel Man. London, 12. Juni. In den auf der Insel Man für Motorwagen mit einer Leistungsfähigkeit bis zu dreieinhalb Pferdekraften veranstalteten Motorrennen siegte Woods, der auf einem Motorcykel mit einem Motor von 3,5 HP fuhr. Er erzielte eine Rekordzeit von 4 Stunden, 3 Min., 47 Sek., gleich einer durchschnittlichen Schnelligkeit von 55,7 englischen Meilen in einer Stunde. Im Vorjahre wurde eine Durchschnittsschnelligkeit von 54,7 Meilen in einer Stunde erreicht. Die Rennstrecke ist nicht für eine Rennbahn geeignet. Die Straße ist nicht einmal so breit wie gewöhnliche Hauptstraßen und nur an wenigen Punkten gerade. Neben zahlreichen Krümmungen gibt es auf derselben einige ungewöhnlich gefährliche große Biegungen und enge Brücken und acht Meilen der Fahrt steigen schroff auf.

Die Fahrtbegünstigung für Turn- und Sportvereine. Vom Eisenbahnministerium wird dem Arbeiter-Turn- und Sportverband folgendes mitgeteilt: Es wird aufmerksam gemacht, daß mit Gültigkeit vom 1. August 1923, die im Eisenbahnpersonentarif der tschechoslowakischen Staatsbahnen Teil 2, Heft 1, Abt. 3—C.B.A. unter Punkt 3/4 und 6 angeführten Bestimmungen über Fahrtbegünstigungen für Vereine und Anstalten für Jugendpflege nachfolgend ergänzt und geändert werden: Punkt 4: Die Annahmestellen hat schriftlich, auf der hierzu bestimmten, bei dem Fahrkartenschalter zum Preise von 20 Hellen für das Stüd erhältlichen Druckform (Anmeldung) * Muster 8 der Anlage 3, zu erfolgen. Nicht ausgefüllte Anmeldungen werden durch den Verein, beziehungsweise Anstalt, dem die Begünstigung gewährt worden ist, mit dem Abdruck der Vereins-, bzw. Anstaltsampel, sowie mit der Zahl des Bewilligungserlasses des Eisenbahnministeriums versehen und der Vorrat der zuständigen Staatsbahndirektion zur Prüfung und zum Aufdruck des Hochdruckstempels der Staatsbahnerverwaltung vorgelegt. Punkt 6: Anmeldungen ohne Kontrollstempel der Staatsbahnerverwaltung, sowie Anmeldungen, welche Nachträge, eigenmächtige Durchstreichungen, Ueberschreibungen oder Abänderungen irgendwelcher Art in dem Vordruck oder in den handschriftlichen Eintragungen aufweisen, werden als ungültig eingezogen und werden die Teilnehmer nach § 16 d. C.B.A. behandelt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

NUR VITELLO DELIKATESSE-MARGARINE

GLEICHT DER FEINSTEN TEEBUTTER

STEMPEL F. CHMEL Prag II., Nekazanka 18

Musikschule in Ronneburg, Thüringen, stellt einige junge Leute ein. — Günstige Bedingungen. 1705

Der bekömmlichste Pudding aus Oetker's Puddingpulver Zusatz mit VANILLIN-MANDELSCHOKOLADE-Geschmack. BILLIG RASCH UND GUT